

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 10.— Mk., vierteljährlich 30.— Mk., Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung  
 ♦♦♦♦♦ der Freien Stadt Danzig ♦♦♦♦♦  
 Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 3.— Mk. von auswärts 4.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-spaltige Anzeigenzeile 2.— Mk. von auswärts 3.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt, Annahme bis früh 9 Uhr. — Postcheckkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3200.

Nr. 70 | Donnerstag, den 23. März 1922 | 13. Jahrgang

## Der Spruch der Reparationskommission.

Bereits in den letzten Tagen waren Nachrichten über die Entscheidung der Reparationskommission bekannt geworden. Nunmehr ist auch der Reichsregierung der Text zugegangen. Die Reparationskommission erklärt das Steuerkompromiß für ungenügend. Es entspräche nicht der Zahlungsfähigkeit Deutschlands und setze es auch nicht instand, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Die Budgetberechnung sei auf einem Kurs von 45 Papiermark für eine Goldmark erfolgt, während der Tageskurs 70 Papiermark sei. Es sei deshalb eine Finanzreform notwendig, bei der das Kapital Deutschlands kräftiger zur Steuer herangezogen werde, entweder auf dem Wege der Anleihen oder der direkten Besteuerung. Die Reparationskommission sei der Ansicht, daß schon das Budget für 1922 einen bedeutenden Teil der herabgesetzten Zahlungen decken und der andere Teil durch

### eine Kapitalsteuer

aufgebracht werden müsse. Um die Aufgabe der deutschen Regierung zu erleichtern, sei die Entscheidung getroffen worden, daß Deutschland im Jahre 1922 720 Millionen Goldmark in bar und 1450 Millionen Goldmark in Sachlieferungen zu leisten hat. Bis jetzt hat Deutschland 281 948 920,44 Goldmark geleistet. Infolgedessen sind noch 438 051 079,51 Goldmark zu bezahlen, und zwar wie folgt:

18 051 079,51 Goldmark am 15. April, je 50 Millionen Goldmark am 15. Mai, 15. Juni, 15. Juli, 15. August, 15. September und 15. Oktober; je 60 Millionen am 16. November und 15. Dezember.

In der Entente note heißt es dann aber weiter, daß dieser Zahlungsplan für 1922 nur provisorisch sei und daß dessen endgültige Aufrechterhaltung von der strikten Beobachtung der Bedingungen abhängig sei, die Deutschland auferlegt würden. Diese Bedingungen seien die folgenden:

1. Was das Budget anbetreffe:
  - a) Alle in der Note der deutschen Regierung vom 28. Januar angeführten Maßnahmen, für die ein Zeitpunkt festgesetzt sei, müßten zum festgesetzten Datum ergriffen werden. Sollten diese Fristen nicht auf den Augenblick eingehalten werden, dann müßten die Maßnahmen innerhalb 14 Tagen erfolgen.
  - b) Die neuen Steuern und Zinsen, die im Programm vom 26. Januar 1922 aufgeführt seien und die in Deutschland unter dem Namen „Steuerkompromiß“ bekannt seien, müßten vor dem 30. April angenommen und in Kraft gesetzt sein.
  - c) Die deutsche Regierung müsse unmittelbar einen Zusatzsteuerentwurf ausarbeiten und in Kraft setzen, durch den im Laufe des Budgetjahres 1922/23 eine Summe von mindestens 60 Milliarden Papiermark zusätzlich der Einnahmen, die das gesamte Budget vorsehe, erbracht werde. Dieser Gesetzentwurf müsse vor dem 31. Mai 1922 angenommen und in Kraft gesetzt sein und müsse den Eingang von 40 Milliarden Zusatzeinnahmen vor dem 31. Dezember 1922 sicherstellen. Diese neuen Steuern müßte die deutsche Regierung auswählen, jedoch wünsche die Reparationskommission, daß ein Budget geschaffen werde, daß, wenn möglich, eine neue und komplizierte Steuerveranlagung vermeide. Deshalb fordert die Kommission die deutsche Regierung auf, ein System anzunehmen, durch welches der Belastungsschlüssel sich automatisch im Verhältnis der zukünftigen Erhöhung der deutschen Schuld gegenüber der Reichsbank und im Verhältnis des Sinkens der Kaufkraft der Mark auf dem inneren Markte erhöhe.

Der Entscheid der Reparationskommission, der von Deutschland eine neue Steuerlast von 60 Milliarden verlangt, die nur zum Teil durch Kapitalsteuern aufgebracht werden könnten, hat in den politischen Kreisen Deutschlands natürlich große Aufregung hervorgerufen. Ueber die Stimmung im Reichstage melden die Blätter, daß nach der ersten Bestizung über den Inhalt der Reparationsnote eine ruhigere Auffassung Platz gegriffen hat. Während die Deutschnationalen und die Volksparteier vom Zusammenbruch der Wirtschaftlichen Erfüllungspolitik sprechen, waren die anderen Parteien wesentlich zurückhaltender, wenn sie auch der Meinung waren, daß die Entscheidung der Reparationskommission innerpolitisch nicht ohne Rückwirkung bleiben werde. Zu einer teilweisen oder totalen Regierungskrise liege aber keine Veranlassung vor. Nach Ansicht der „Volkszeitung“ würde der nahe Termin der Genuaer Konferenz eine Krise auch dann

verbieten, wenn irgendwie die Neigung bestände, das Kabinett oder einzelne Mitglieder für den Ausfall der Entscheidung verantwortlich zu machen.

Auch die heutigen Berliner Morgenblätter befassen sich eingehend mit der Note der Reparationskommission. Die deutschnationalen Blätter nennen als einzige mögliche Antwort auf die Note ein kategorisches „Nein“. Auch die volksparteiliche „Zeit“ erklärt, daß man ein Eingehen auf diese Note überhaupt ablehnen müsse. Im Gegensatz hierzu glauben die „Vossische Zeitung“ und der „Vorwärts“ zu Verhandlungen raten zu können, da die Note die Möglichkeit hierzu bleibe. Die „Vossische Zeitung“ schreibt: Man kann sich kaum denken, daß dieses starke Rezept, das die Reparationskommission für die Erfüllung der deutschen Zahlungsverpflichtungen aufstellt, ernstlich und auch für den Fall unabänderlich gemeint ist, daß neue Verhandlungsmöglichkeiten zu einer Verständigung auf vernünftigerer Basis sich anbahnen. Nach dem „Vorwärts“ muß das Ziel dieser Verhandlungen sein, den Verhandlungsgegnern und der gesamten Welt öffentlich nahezu legen, daß die Entscheidung der Reparationskommission von Deutschland Unmögliches verlangt und daß es ein Unrecht und ein Schaden für die gesamte Weltwirtschaft wäre, wenn man Deutschland für die Nichtausführung eines unmöglichen Auftrages verantwortlich machen wolle. Das Blatt bezeichnet die von der Reparationskommission geforderten Steuern von 60 Milliarden Papiermark nach Abschluß des jetzt noch bereittstehenden Steuerwerks als eine innerpolitische Unmöglichkeit. Das Steuerkompromiß ist mit Mühe und Not in den Hafen gebracht worden. Bei jedem Schritt weiter muß diese Steuermacht zerbrechen.

## Protest gegen Ostpreußens Abschneidung von der Weichsel.

In sämtlichen Ortsschaften der Marienwerderer Niederung fanden gestern Kundgebungen gegen den Spruch der interalliierten Grenzfestsetzungskommission und die damit verbundene Zerreißung des Reichverbandes statt. Auch Marienwerder selbst und aller Ortsschaften des ehemaligen Abstimnungsgebietes hat sich eine große Erregung bemächtigt. Das Volk fordert den durch Artikel 97 des Friedensvertrages garantierten Zugang zur Weichsel und Beachtung der Artikel 28 und 30, nach denen nur die Mitte der Hauptschiffahrtslinie der Weichsel als Grenze in Frage kommen kann.

## Calonders Vermittlungsaktion beendet.

Die Vermittlungsabemühungen des Präsidenten Calonder in den deutsch-polnischen Verhandlungen sowie die direkten Besprechungen zwischen den deutschen und polnischen Bevollmächtigten haben zu keinem weiteren Ergebnis mehr geführt und sind nunmehr eingestellt worden. Die drei wichtigsten Fragen, 1. der Liquidation, 2. der Anwendung des Artikels 258 des Versailler Vertrages auf das deutsche und preußische Staatsvermögen und 3. der Zuständigkeit des internationalen gemischten Ausschusses für den Minderheitenschutz müssen infolgedessen durch Schiedspruch des Präsidenten gelöst werden. Donnerstag und Freitag werden daher in öffentlichen Sitzungen der Konferenz die endgültigen Grundlagen für den Schiedspruch geschaffen werden, der dann wahrscheinlich am Sonnabend oder Montag in neuer ordentlicher Sitzung gefällt werden wird.

## Umwandlung der Schutzpolizei in Preußen.

Im Hauptausschuß des Preussischen Landtages erklärte der Minister des Innern, die Entente beanstandete bei der Schutzpolizei die Zentralisation, die Organisation und die Verwendung aktiver Offiziere. Er hoffe, in den strittigen Fragen durch Umgestaltung der Schutzpolizei im Rahmen des Möglichen mit der interalliierten Militärkommission zu einer Einigung zu kommen. Die Sicherheitspolizei solle nicht abgebaut, sondern umgebaut werden. Auf die Dauer sei es unmöglich und auch unnötig, die festen Verbände im gegenwärtigen Umfange zu erhalten. Ueber Polizeifragen beständen zwischen den Länderregierungen keine Meinungsverschiedenheiten, auch nicht mit Bayern. Staatskommissar Weiskamm teilte mit, daß bei der Aushebung der kommunistischen Funktionäre ein Befehl gefunden worden sei, wonach in Häusern mit Telegraphengestängen ein sicherer Kommuniz untergebracht werden solle, der im Ernstfalle die Telefonleitungen zu zerstören habe.

## Polnische Willkür bei der russischen Konsulatsfrage in Danzig.

Rußland plant bereits seit längerer Zeit die Errichtung eines eigenen Konsulats in Danzig. Im Interesse der Handelsverbindung zwischen Danzig und Rußland wurde dieser Plan in Danzig auch allseitig begrüßt. Nun berichteten russische Zeitungen aber bereits vor einigen Tagen, daß Polen seine Zustimmung zu der Errichtung des Konsulats verweigert habe. Diese Meldung wird nunmehr bestätigt durch einen der „D. B.“ übermittelten amtlichen Funkpruch aus Moskau. Dieser Funkpruch hat folgenden Wortlaut:

„Die polnische Regierung hat die Genehmigung zur Errichtung eines russischen Konsulats in Danzig verweigert. Als eine große, mit Deutschland eng verbundene Handelsstadt hat Danzig eine ausschließlich deutsche Einwohnerchaft. Die neue und absonderliche Geographie des Vertrages von Versailles hat diese Stadt Polen übergeben und ihr die sogenannte Unabhängigkeit einer „Freien Stadt“ verliehen. Nun beginnt die sogenannte polnische Souveränität über diese Stadt ihre raubtierische und imperialistische Anflüge zu zeigen. Polen sucht mit allen Mitteln Danzig davon zu verhindern, mit Rußland normale Handelsbeziehungen anzugehen, droht mit einer skandalösen Politik diesen Südpolnischen wirtschaftlich ab und trägt Verwirrung in die Interessen Danzigs, Deutschlands und selbst Polens hinein.“

Nach dieser Meldung hat Polen endgültig die Errichtung des Konsulats abgelehnt, ohne sich mit Danzig in Verbindung zu setzen. Demgegenüber erklärte der Vertreter der Regierung Polens, daß dieses in den nächsten Tagen den Danziger Senat erfragen würde, seine Ansicht über die Notwendigkeit oder Erwünschtheit einer solchen Niederlassung darzulegen.

Es ist möglich, daß Polen auf die dringlichen Ausführungen Rußlands hin jetzt seinen Standpunkt in der Konsulatsfrage ändert. Nichts aber kennzeichnet besser den ebenso dreisten als engherzigen Nationalismus Polens, daß es überhaupt sich anmaßt, über die Errichtung eines russischen Konsulats in Danzig zu entscheiden.

## Die neue Regierungserklärung Pomikowskis.

Ministerpräsident Pomikowski verlas im Sejm die Deklaration seines neuen Kabinetts, in welcher u. a. ausgeführt wird, daß bei den Vorbereitungen zur Genuaer Konferenz die polnische Regierung ein enges Zusammengehen mit Frankreich und der Kleinen Entente als Grundlage ins Auge faßte. Mit Rumänien durch einen Freundschaftsband verknüpft habe sich Polen durch ein politisches Abkommen, dessen Verwirklichung nach Beseitigung gewisser letzter Differenzen ein herzliches Zusammengehen gestalten werde, auch der Tschechoslowakei genähert. Die Regierung hoffe, daß das bisher absetz stehende Itauen in Zukunft sich dem Zusammengehen der baltischen Staaten und Polens anschließen werde. In seinen Beziehungen zu Rußland und zu der Ukraine, die sich auf den Rigaer Vertrag gründen, habe Polen keinerlei aggressive Absichten, auch nicht im präventiven Sinne, doch müssen die Sowjetrepubliken den Vertrag erfüllen und ihre Propaganda einstellen. In der Wilnaer Frage ersuchte Pomikowski den Sejm, die vom Wilna-Sejm bisher abgelehnte Vereinigungsformel vom 2. März gutzuheißen.

## Die Berliner Konferenz der drei Internationalen.

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale hat die von der Wiener Internationale für die Berliner Konferenz vorgeschlagene Tagesordnung angenommen, wünscht sie indessen durch folgende Punkte zu ergänzen: Vorbereitung des Kampfes gegen einen imperialistischen Krieg; Unterstützung der Wiederaufrichtung der russischen Wirtschaft; Wiederaufbau der im Kriege zerstörten Gebiete; der imperialistische Versailler Friede. Ferner erklärt die Moskauer Exekutive es für zweckmäßig, daß die Berliner Konferenz gleichzeitig mit der Genuaer Konferenz statifinde.

## Sozialistischer Antrag auf internationale Abrüstung.

Die französische Kammer beschäftigte sich mit einem sozialistischen Vorschlage, der die Regierung auffordert, den Unterzeichnern des Friedensvertrages die gleichzeitige Entwaffnung und Aufhebung der ständigen Meere und die Einrichtung einer internationalen Streitmacht vorzuschlagen, die die Entscheidungen des Völkerbundesrates auszuführen habe.

## Die beleidigten Admirale.

Eine öffentliche Beleidigung des Admirals v. Jasper und v. Schröder durch die kommunistische Hamburger „Arbeiterzeitung“ wurde dem Maschinenbauer Krause und dem Handlungsgehilfen Harry Bogler, früheren Vorsitzenden des Revolutionsären Maurerverbandes, zur Last gelegt. In einem von den beiden Angeklagten verfassten Artikel der „Arbeiterzeitung“ vom 18. Januar 1920, überschrieben „Eine öffentliche Anfrage“, wurden die beiden Admirale v. Jasper und v. Schröder als „Verräter“ bezeichnet, weil v. Jasper im Jahre 1918 in Belgien auf einen Unteroffizier, den er wegen Nichtergriffens stellte, und der nicht stehen blieb, zwei Schüsse abgegeben hatte, von denen der eine den Tod herbeiführte. Dem Admiral v. Schröder wurde der Vorwurf des zweiseitigen Vordes gemacht, mit Rücksicht darauf, daß er am 9. November 1918 zwei Todesurteile des Kriegsverrichtungsgerichts gegen zwei Matrosen wegen Verlassens eines Postens vor dem Feinde und Fahnenflucht hatte vollstrecken lassen, ungeachtet der von der Kompanie und dem Kompanieführer mit Rücksicht auf die tadellose Führung der vier Jahre im Felde gewesenem Beamteten eingereichten Gnadengesuche.

In der Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß nach dem Erscheinen des Artikels Admiral v. Jasper vom Kriegsgericht von der Anklage des unbefugten Waffengebrauchs mit tödlichem Ausgang „freigesprochen“ worden ist. Nach Beendigung der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt, die Angeklagten wegen verleumdeter Beleidigung zu je 1000 Mark Geldstrafe zu verurteilen. Das Gericht erkannte aber auf Kostenlose Freisprechung! In den Entscheidungsgründen wurde angeführt, die Angeklagten hätten im guten Glauben gehandelt. Sie seien von der Ansicht ausgegangen, Admiral v. Schröder sei nicht berechtigt gewesen, die beiden Todesurteile vollstrecken zu lassen. Hinsichtlich des Erschießens des Unteroffiziers durch den Vizeadmiral v. Jasper seien die Angeklagten von den Hinterbliebenen beauftragt gewesen, die Angelegenheit zu veranlassen. Ihre Erkundigungen und Vernehmungen bei den Behörden seien erfolglos geblieben, und daher hätten sie sich an die Öffentlichkeit gewandt. Die Angeklagten hätten auch das zulässige Maß der Kritik nicht überschritten.

## Die bedrohte Saatkampagne im russischen Hungergebiet.

Das Organ des allrussischen Zentralgenossenschaftsverbandes (Zentralsowjet) „Kooperativnoje Delo“ veröffentlicht einen alarmierenden Artikel über den Stand der Saatenerhebung des Wolgagebiets. Die Tage beginne „eine überaus ungünstige Wendung zu nehmen“. Von den bis zum 6. März verfrachteten 17 1/2 Millionen Pud Saatgut (1 Pud = 16,88 Kilogramm) für die Hungergebiete seien bisher nur 5 1/2 bis 6 Millionen Pud an ihren Bestimmungsort gelangt, während die restlichen 11 1/2 bis 12 Millionen Pud unterwegs stecken geblieben sind. So sind z. B. allein auf der Kasan-Ural-Bahn und auf der Moskauer-Kasauer Bahn etwa 7 Millionen Pud Nahrungsmittel, darunter über 5 1/2 Millionen Pud Saatgut, bereits seit einem Monat unterwegs. Diese Verzögerung sei um so bedenklicher, als die nächsten Wochen über das Schicksal der gesamten Saatkampagne entscheiden.

Aus dem Gouvernement Jarizyn (an der Wolga) wird gemeldet, daß die gesamte Bevölkerung dem

Hungertode preisgegeben ist. Im Kreise Ufa-Medwedinsk hungern 200 000 Personen, darunter 80 000 Kinder. Nach Angaben des Hungerhilfskomitees hungern in der Provinz 377 000 Erwachsene und 248 000 Kinder. Besonders schwer ist die Lage der totalitären Bevölkerung, von der 90 Prozent hungern.

Die Moskauer Hungerhilfskommission veranstaltet eine Geldlotterie zum Besten der Hungernden. Es wird 1 Million Lose zu 100 000 Rubel ausgegeben; der Hauptgewinn beträgt 1 Milliarde Rubel, die nächsten 500 Millionen, 250 Millionen usw., insgesamt 2284 Gewinne für 7 1/2 Milliarden Rubel. Die Ziehung findet nicht später als am 1. Mai d. J. statt.

## Die Aufgaben der Postüberwachung in Deutschland.

Die 22 Postüberwachungsstellen, denen in Deutschland noch die Ueberwachung der Post und der Telegramme nach dem Auslande obliegt, versehen, wie die P.P.R. von unterrichteter Seite erfahren, ihre Aufgaben gemäß der Verordnung der Volksbeauftragten vom 16. 11. 1918 und des Gesetzes gegen die Kapitalflucht vom 24. 12. 1920 nicht aus militärischen oder politischen Gründen, sondern nur soweit es im steuerlichen Interesse oder aus wirtschaftlichen Gründen erforderlich ist. Unter wirtschaftlichen Gründen werden verstanden nur solche Maßnahmen, die zur Verhütung der Kapitalflucht, zur Verletzung der Ein- und Ausfuhrverbote und zur Verhinderung von Schmuggel und Schleichhandel getroffen werden. Eine Handelsespionage von Seiten des Reiches, wie das vielfach befürchtet wird, wird nicht ausgeübt.

## Sepp Dertter bleibt hochbetnig.

Der „Braunschweiger Allgemeine Anzeiger“ bringt eine Entgegnung Sepp Dertters auf den Bericht der braunschweigischen „Freiheit“ über den am Sonntag stattgehabten Bezirksparteiabend der braunschweigischen U.S.P. In dieser Entgegnung erklärt Sepp Dertter: Ich lege mein Mandat als Landtagsabgeordneter nicht nieder. Der Bezirksparteitag hatte, nachdem am Sonntagabend das Schiedsgericht meinen Ausschluss bestätigt hatte, über mich, den nicht zur Partei Gehörigen, keine Beschlüsse mehr zu fassen. Die etwa 8000 Mitglieder der U.S.P. im Kreis Braunschweig brücken nicht den Willen der 74 000 Wähler aus.

Die U.S.P. hätte besser getan, Dertter seinerzeit nicht mehr als Kandidaten aufzustellen, nachdem schon seine Angelegenheit mit dem Heilkundigen Otto Otto ein eigenartiges Licht auf die Unbestechlichkeit Dertters als Minister geworfen hatte. Da die sozialistische Linke im Parlament nur eine Mehrheit von zwei Stimmen hat, ist die sozialistische Regierung nun von der Gnade Sepp Dertters abhängig.

## Englands Furcht vor einer feindlichen Luftflotte.

Luftfahrtminister Guest brachte heute das Luftfahrtbudget ein und machte dabei u. a. einige Bemerkungen über die Rolle, die die Flugzeuge in künftigen Kriegen spielen werden. Er sagte, eine einzige Flugzeugbombe sei imstande, das größte Schlachtschiff binnen wenigen Minuten zum Sinken zu bringen. Bei dem letzten Angriff auf London hätten die Deutschen 26 Flugzeuge verwendet. Damals seien 32 000 Mann für die Verteidigung der Hauptstadt nötig gewesen. In Zukunft würden bei solchen Angriffen vielleicht

von 100 fliegenden Bomben im zehnfach größeren Gewicht und mit wenigstens vier- bis fünfmal größerer Sprengkraft abgeworfen werden. London und England müßten sich darauf vorbereiten, einer solchen Gefahr die Stirne zu bieten. Der Minister wies schließlich darauf hin, daß die Franzosen weit stärkere Luftstreitkräfte als England besäßen.

## Freundliche Stimmung — 1. Januar Gen 190 Mt.

Einer der letzten Börsenberichte des „Berliner Tageblatts“ beginnt mit dem Satz: „Die freundliche Stimmung der gestrigen Börse hielt auch heute noch an.“ Das ist der neue, von Befriedigung kieselnde Ton, in dem die Börsenvorgänge von heute behandelt werden. An der Börse herrschte tatsächlich eine sehr, sehr freundliche Stimmung — für die Herren Spekulantien. Der Dollar, der im Frieden 4,20 Mt. kostete, stieg bis auf 298 Mt. Die Industriepapiere brachten ihren Inhabern schwere Gewinne und erreichten bisweilen, wie z. B. die Zetzer Maschinenaktien, eine Steigerung auf 350 v. S. oder das 3 1/2fache ihres Nominalwertes. Das Kilogramm Elektrolytkupfer stieg auf 80,20 Mt., der Zentner Weizen auf 692 Mt., der Zentner Kleie auf 400 Mt., der Zentner Haferstroh auf 70 Mt., der Zentner Heu bis auf 190 Mt.

Das ist für wahr ein sehr „freundliches“ Gesicht, das die Börse zeigt. Die breite Masse des Volkes wird allerdings ob der Preise, die dabei herausgekommen sind, an dem schmerzlichen Behagen der Börsenreise keinen rechten Geschmack finden können.

Der Luftverkehr in Rußland. Die russische Sowjetregierung hat einem deutschen Konsortium die ausschließliche Berechtigung erteilt, Luftverkehrslinien zwischen den wichtigsten russischen Städten einzurichten. Bereits in kurzer Zeit wird ein regelmäßiger Flugzeugverkehr zur Beförderung von Post und Passagieren zwischen Petersburg und Moskau aufgenommen werden, sodann zwischen Moskau und Kiew. Auch ein Luftdienst Petersburg—Berlin ist in Aussicht genommen. Werkstätten zur Herstellung von Flugzeugen sind in Moskau und Petersburg errichtet worden; der Betrieb steht unter Leitung einer neu gegründeten russisch-deutschen Gesellschaft.

Eine polnische Junggefellenssteuer. In der Sitzung des Budgetausschusses des polnischen Sejm wurde das Gesetz genehmigt, durch das ein besonderer Zuschlag zur Steuer für ledige Frauen und Männer — Junggesellensteuer — eingeführt wird.

Arbeiteraktien auch beim Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk. Die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke A.-G. folgen dem von Krupp gegebenen Beispiel, indem sie bei einer jetzt vorgesehenen Kapitalerhöhung um 400 auf 550 Millionen Mark Arbeiteraktien schaffen wollen. Das Unternehmen ist ein gemischtwirtschaftlicher Betrieb, an dem eine große Zahl westdeutscher Gemeinden beteiligt ist und die Stimmenmehrheit hat 25 Millionen der neuen Aktien den Arbeitern zugesagt, also noch nicht ein Zwanzigstel des Gesamtkapitals. Geht schon daraus hervor, daß der Einfluß der Arbeiter als Aktionäre auf das Werk gering bleiben soll, so entspricht diese Art der Kapitalistischen Gewinnbeteiligung keineswegs den Forderungen der Sozialisierung, mit denen Stinnes, der auch Aufsichtsratsvorsitzender des RWE. ist, sie in Zusammenhang zu bringen sucht.

Die Heimfahrt der toten Amerikaner. Das Staatsdepartement in Washington erklärt, daß bis jetzt 45 712 in Frankreich gefallene amerikanische Soldaten nach Amerika übergeführt wurden. Es bleiben noch 31 366 Soldaten zu überführen.

## Ich bin das Schwert!

Roman von  
Annemarie von Nathusius.

(62.)

(Fortsetzung.)

Ja, ich glaube es auch. Die Einsamkeit ist das „hohe Lied“ der inneren Kraft. Sie ist die aristokratische Abgabe an das was „die meisten“ mögen. Aber ich weiß, durch wieviel Bitterkeit man muß, um dahin zu kommen, wo wir heute stehen. Sie ist ein schmerzliches Glück, ein tiefes, schwermütiges Abendrot, diese Einsamkeit.

Gunter sagt immer: er hielte sich von den Menschen möglichst fern, um sie sich behalten zu können, denn ein Künstler muß die Menschen lieben. Ich rechne mich nicht zu den Künstlern, gleich ihm, ich rechne mich vielmehr zu denen, die eine Art Aufklärungsdiener tun müssen in der Gegenwart. Von der Frauenbefreiung wird so viel gesprochen! Rangen wir an — unbekümmert um die Steinwürfe, die es hageln wird — Frauenbefreiung zu leben. Mir liegt die neue Ehre der Frau am Herzen, denn auf ihr allein basiert ein würdevolles Frauenleben. Die Schwach der Frauen, ihre Sklaventeile ist ihr niedriger Ehrbegriff. Sie haben ja nur in einem Punkte eine Ehre. Als Hausfrau des Mannes, als sein Eigentum, wie die Hüne, die Schlander, der Pfeil — da war die Ehre meistens ausreichend, die sie besaßen.

Wir haben die Welt Tausende von Jahren weitergeschoben, und noch immer heißt die Ehre der Frau auf der gleichen Höhe, wie in der Pfahlbauzeit. Obgleich die Frau kein Ehrenamt mehr ist, sondern ein selbständiger Mensch, der ein ganzes Leben ohne Schutz und Hilfe des Mannes auskommen kann und muß. Wenn Millionen erwerben ihr Brot allein, aber ihre Ehre blieb die der armen Sklaven von damals. Soils und frei geht nur der Mann durchs Leben, ihm gehört die Welt, denn sein Wille ist seine Ehre. Ihre Ehre aber soll sein, „er will“!

Doch alle Philistrie hat mich so viel Ueberzeugungskraft, wie das Leben. Darum leben wir die neue Ehre!

Es wird noch viel davon zu reden sein, aber heute laßt mich der blaue Himmel und das weite Meer. Die Buchten und Felsklänge erinnern an die Küsten Somers, wo Odhens mit seinen Gefährten auf der Insel gesaunt, die wie Möwenflügel flatterten. Hier oben ging der Schwärmer

Zarathustra, mein Lebensruder, der große Romantiker. Sein Auge trank die Sonne dieses Landes wie einen verjüngenden Wein.

Und doch — mir will das Herz vor Freude stocken, denke ich daran, daß es in einigen Monaten in die Heimat geht. Drei Jahre blieb ich ihr fern — eine lange, endlose Zeit für ein lebendes Herz. Ob sich dann meine Hoffnung erfüllt und ich die Augen sehen werde, die mir ins Herz blickten, noch ehe wir einander kannten von Angesicht?

Könnte er noch stärker rauschen, der Brunnen meines Glücks? Dieser Brunnen, an dessen Rande ich sitze und schöpfe, immer schöpfe —

Welch seltenes Gut ist doch die Dankbarkeit. Sie strahlt in mir wie eine Erbsenerin. Alles Eis schmilzt vor ihrem Licht. Ich lege meine Hand über die Augen, denn mich blendet mein Glück. Ich lege meine Hand auf mein Herz, denn es flattert wie eine schone Taube in seinem Glück. Ich bin der Page, der in den Rosengarten gerufen wurde, wo sein Herrn ihm das Schwert entgegenhielt: „Sei mein Ritter von heute an.“ Der Page sah die Rosen und das Schwert. Er kniete nieder, sah die Hand, die ihn beschenkte und neigte seine Lippen auf diese Hand. In seinem Herzen entstand das Gelübde, vor dem die Rosen erzitterten, denn es war wie der ewige Schnee auf den Bergen, so keusch und so stark.

Nehmt diese Epistel in Gnaden an. Ich entbiete Euch Gruß und Dank, mein edler Herr. Vor tausend Jahren trachten unsere Väter gemeinsam um das Heilige Grab, laßt uns verkümmern mit ihrer Keuschei und ihrem Mobergeruch. In die Gräber mit allem, was tot und vorüber ist, Was für das neue Leben, das aus den Ruinen blüht.

Gedenkt auf Unserem Saanenmönch, hart über dem Meer, da, wo die Möwen ihre Nester bauen.

Der Ritter Falkenhain.

Nach einem Jahre fand ich den Weg zurück in die alte Heimat, mein markisches Land. In Berlin hielt mich nichts. Es war ein Sonntag im Herbst. Ich schlief in einem Hotel, als ich am kleinen roten Bahnhof aus, der noch beschuldener geworden ist in all den Jahren. Der Wachposten, der mit der roten Mütze erkannte mich.

„Weißt du nicht, die gnädige Frau! Und kein herrschaftlicher Wagen da!“ Der gute Mann tat in jener Verlegen-

heit, als hätten wir uns vorige Woche zum letztenmal gesehen, als wüßte er nichts, als wollte ich schnurstracks nach Demin.

Ich fragte ihn nach einer Fahrgelegenheit; er erbot sich, einen Wagen zu beschaffen. Aus dem Dorf wurde er geholt. Ein primitives Fuhrwerk. Der Kutscher mit der Pfeife im Munde beehrte sich nicht. Wir kamen durch Belowisches Land. Drüben sah Major Pröllitz und rechts grüßten die Türme von Luton, Sitz des Grafen Eulersberg. Nur wie durch einen Schleier sahen meine nassen Augen das geliebte Land, und mein Herz schlug schwer, als stünde es vor der Pforte letzter Erlebnisse.

„Halten Sie an der Falkenhainischen Försterei!“ Ich fand alles noch ganz so, wie ich es verlassen hatte. Nur die Kinder waren fort. Mutter Kerken brachte ein Glas Milch.

Sie weinte: „O nec, o nec, was ist nun bloß geworden! Beide Fräuleins tot und unter dem Rasen und die gnädige Frau Renate nicht da, als sie begraben wurden. Das ganze Dorf und alle gingen mit. Ja, ja, und wie einsam ist es jetzt im Schloß!“

Ob ich es denn nicht wüßte? Falkenhain sei verpachtet, das Schloß stünde leer, die Herrschaften wohnten im Elden irgendwo. Die Gnädige sei immer krank.

Ich sah auf der Bank am Hause. Vor mir weideten die Ziegen. Mutter Kerken klocht aus Tannen und Ebereschen einen j. Hünen Kreuz. Den wollte ich auf die neuen Gräber legen, an denen ich noch nie gestanden hatte.

Trambespannen fuhr ich weiter, altbekannte Wege, die ich so hundertmal im Sattel zurückgelegt hatte. Jeder Baum, jeder Busch grüßte mich. Drüben schimmerten schon die Häuser des Dorfes, in den Feldern kurzten die Dreschmaschinen, hohe Getreidemäher türmten sich auf, die Kartoffelernte hatte begonnen. Vertraute Arbeit, heimatische Rente. Hier hatte alles Ruhe, alles Zeit. Ich ließ den Wagen halten und bejaht, zum Hof zu fahren. Ich mußte allein, ganz allein sein. In schneidender Hast ging ich durch die gemähte Wiese über die Stoppel zum Parktor hin. Längst waren die Störche über Land, und die Stare in den Pappeln rüffelten sich zur Halle in den Gärten. Da tauchten die ragenden Zweere am Tore auf, rot wie Blut lag der wilde Wein darüber. Mir schlug das Herz bis an den Hals.

(Fortsetzung folgt.)

## Die Abänderung der Verfassung.

### Vollziehung des Volkstages

am Mittwoch, den 22. März 1922.

Präsident Dr. Ergisch eröffnete um 9.25 Uhr die Sitzung. Es wurde in der Abstimmung über das

#### Umsatz- und Luxussteuergesetz

fortgefahren. Zum § 18 hatte die Deutsche Partei folgenden von den Deutschnationalen scharf bekämpften Antrag eingebracht:

Die Steuer beträgt a) bei jedem steuerpflichtigen Umsatz  $\frac{1}{2}$  v. H. des Entgeltes; b) auf den Eigenverbrauch der Händler und Gewerbetreibenden  $\frac{1}{2}$  v. H.; c) auf den Eigenverbrauch der Erzeuger 3 v. H. des Verkaufswertes der dem Eigenverbrauch zugeführten Bedarfsgegenstände. Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 39 gegen 34 Stimmen, bei 2 Enthaltungen abgelehnt, die Ausschussfassung, die eine Besteuerung von  $\frac{1}{2}$  Prozent vorsieht, mit 48 gegen 38 Stimmen angenommen.

Abg. Gen. Deu und die übrigen Mitglieder der Sozialdemokratischen Fraktion hatten eine Reihe von Abänderungsanträgen gestellt. Folgende Abänderungsanträge wurden angenommen: Der 10 bis 15 und 15 bis 20 v. H. sind von der Luxussteuer befreit; Handwerksgerät aus Kupfer, Nickel oder Zinn und berufsmäßig verwandte Behälter aus solchen Metallen sind Luxussteuerfrei. Bei mehreren Positionen wurde die steuerfreie Grenze heraufgesetzt. Ein Antrag Mahn, die Vorlage nochmals an den Ausschuss zurückzugeben, wurde abgelehnt.

Abg. Paal (Dink.) erklärte, daß die Deutschnationalen gegen die sozialdemokratischen Abänderungsanträge stimmen werden, in der 8. Lesung werden sie zu den Anträgen endgültig Stellung nehmen.

Der sozialdemokratische Antrag, bei geschlossenen Gläsern die Luxussteuerfreie Grenze von 100 auf 500 Mk. zu erhöhen, wurde abgelehnt, ebenso der Antrag, Auslageplatten für Möbel- und Zimmerausstattungen unter 0,75 Quadratmeter steuerfrei zu lassen. Abgelehnt wurde auch der Antrag Deu, der eine genauere Bezeichnung der Luxusgegenstände enthält. Selbst der Antrag Deu, Kaufhandbücher für Wäcker, Chauffeure usw. von der Luxussteuer freizulassen, wurde niedergestimmt. Die nächste namentliche Abstimmung ergab dann die Beschlußfähigkeit des Hauses, worauf der Präsident die Sitzung auf eine halbe Stunde vertagte.

Die Abstimmungen gingen nur langsam vorstatten, da die Abstimmungen fast immer namentliche waren. Wiederholt erfolgte die Feststellung des Stimmenverhältnisses durch Hammelprung.

Als 1. Punkt auf der Tagesordnung der neuen Sitzung stand die 1. Beratung eines Gesetzentwurfs betr.

#### Abänderung der Verfassung.

Abg. Gen. Dr. Ding: Die Frage der Verfassung, die uns hier zu wiederholten Malen beschäftigt, bietet Gelegenheit, noch einmal auf alles das hinzuweisen, was wir mit der Verfassung erlebt haben und was wir an dieser Verfassung geändert haben wollen. Es ist uns besonders schmerzlich gewesen, daß die Regierung und die Regierungsparteien sich eher dem Druck des Völkerbundes und der Entente gefügt haben, als den hier vielfach mit allen Gründen der Vernunft betonten Anträgen der gesamten Arbeiterschaft. Es ist dieses Symptom außerordentlich gefährlich und außerordentlich verdächtig für die innere Gesundheit des Staatswesens. Das Gefühl des gegenseitigen Mißtrauens hat dazu geführt, daß der Senat und daß die Regierungsparteien seit einer Reihe von Monaten glauben,

gegen die gesamte Arbeiterschaft regieren und verwalten zu können.

Was sollen wir dazu sagen, wenn in einem jungen Staat, der sich zu konsolidieren beginnt, an einem Werktag wie heute in dieser provokatorischen Weise eine Denkmalsfeier abgehalten wird, die einen großen Teil der Freistaatsbevölkerung vor den Kopf stoßen muß. Es handelt sich um eine verwaltungstechnische Taktlosigkeit. Wir leben augenblicklich in einem Staatswesen, dessen politische Gründung vollzogen ist, dessen politisches Dasein einmal vorhanden ist, und wo es Pflicht jeden Staatsbürgers ist, für die politische Gesundung dieses Staatswesens zu sorgen, und zu dieser Gesundung gehört ein gewisses Taktgefühl, das von jedem Staatsbürger verlangt wird.

Genau denselben Vorwurf der Taktlosigkeit mache ich der Regierung in bezug auf die

#### Beeinflussung unserer Jugend.

Sie haben einen Verfassungsparagraphen 82, in welchem der Schutz der Jugend in körperlicher und sittlicher Beziehung verlangt wird. Die Art und Weise, wie man an unsern höheren Schulen, in den Ablegern der Schulpolizei, in Ihren Jugendverbänden, eine Jugendverheerung betreibt, zeugt von einem Gefühl, wie man ihn von der menschlichen Entwicklung nicht erwarten soll. Diese Art und Weise (Unruhe), die Jugend verderben zu lassen, ist ein Schandfleck unserer Regierung. Genau so liegt es in bezug auf die Auswahl und Beschäftigung unserer Richter. Schon jetzt sind wieder Richterstellen in verhältnismäßig großer Zahl ausgefallen worden. Trotzdem der Senat darüber zu machen hat, daß die Beamten, die dort sind, genügend Beschäftigung finden und die Arbeitsverteilung in einer den Staatssinnungen angemessenen Weise vor sich geht — haben doch einzelne von den Kammeren, die nur halb beschäftigt sind, viel zu wenig zu tun. Nichts desto weniger sucht der Senat wieder einzelne Richter hier einzustellen. Selbstverständlich aus dem Grunde, um gemäß der jetzigen Zusammenfassung des Richterwahlausschusses sich weiterhin eine deutschnationale Garde des Rechts zu erzielen. Die gleiche Entwicklung haben wir erlebt, als es sich darum handelte, den von uns verfassungsgemäß geforderten Untersuchungsausschuss einzusetzen; als wir darauf bestanden, daß die Person der Abgeordneten nicht bei jeder Gelegenheit vor den Kadi zitiert werden sollte, wenn eine Ausfertigung fällt, die der Regierung nicht paßt. Alle diese

Dinge sind meiner Ansicht nach bewußte systematische Provokation. Nichts anderes als Rüstigkeit und Taktlosigkeit einer vollkommen rohen und staatsbürgerlich nicht nachdenkenden Regierungs-Verwaltungstechnik.

Es handelt sich darum, daß wir politisch nur dann weiter kommen, wenn diese Verheerungen, wenn dieser provokatorische Ton, der an den Tag gelegt wird, in diesem Parlament aufhört, denn was wir im Laufe der Entwicklung hier für Danzig zu erwarten haben, das ist sicherlich noch außerordentlich viel. Sicherlich werden wir hier noch außerordentlich viel gemeinsam ertragen müssen von schlechten Zeiten, wovon wir uns jetzt noch keine Vorstellung machen können. Der Versuch, bei jeder Debatte eine ruhige und sachliche Aussprache durch Provokationen und durch Rüstigkeiten zu vermeiden, die Abkehr von aller Würde in parlamentarischer Beziehung, die zeigt, wie krank und wie unsicher im Grunde der ganze Bau ist, den der bürgerliche Bund, mit der Deutschnationalen Fraktion an der Spitze und dem augenblicklichen Senat hier, aufgerichtet hat. (Sehr richtig! links.) Dieser kranke Senat konnte ja auch nichts anderes, als sich wortlos dem Ententegebot beugen, konnte nichts anderes, als bei jeder Gelegenheit den gesamten Arbeiterpartei gegenüber ein Nihilistendünkel und ein Ausweichen zu haben. Aus diesem Grunde werden wir weiterhin die Verfassung, wenn sie auch jetzt Verbesserungen in unserem Sinne bringt, ablehnen, denn diese Verfassung bezeichnet nicht den Willen eines derartigen Teiles der Bevölkerung, daß wir ihr zustimmen könnten. Die Kämpfe, die sich um diese Verfassung abgespielt haben, werden aber hoffentlich dazu beitragen, daß die Parteien der Mitte hier in diesem Hause endlich einsehen, daß sie sich nicht gegen die gesamte Arbeiterschaft und gegen die gesamte Linke Danzigs vor diese partikularistischen Bestrebungen der Deutschnationalen spannen lassen dürfen. Wenn die Verfassung auch noch einige Gesichtspunkte hätte, die uns genehm wären, so würden wir doch der Verfassung unter den augenblicklichen Machtverhältnissen nicht zustimmen können, weil wir zu dem Senat nicht das geringste Vertrauen haben, daß er die richtigen Kräfte und den richtigen Willen hat, den Gedanken und den Inhalt der Verfassung auszuführen. Die Verfassung ist nicht des Senats wegen und der paar regierenden Leute wegen da, sondern die Verfassung ist ein heiliges Versprechen, das sich Gleichberechtigte untereinander abgeben haben, um in einer menschlicher Form miteinander leben zu können. Wir werden also nach wie vor in dieser Lesung die Verfassung ablehnen. Wir hoffen, daß die gesamte Linke einmütig ihr Nein sagen wird, und daß es dadurch möglich wird, daß die Verfassung in dieser Form in dieser Lesung nicht zustande kommt. Wir wünschen nicht, daß uns ein Ausländer die Verfassung geben möge. Wenn Sie es dazu treiben, so fällt die Schuld auf Sie. (Bravo! links.)

#### Abgeordneter Mahn für Demokratie.

Abg. Mahn (K.) erklärte, daß die bisherigen Bemühungen des Senats, eine Änderung der Verfassung zustande zu bringen, vergeblich waren. Die Regierung möge deshalb mit der Linke verhandeln. Eine Verfassung ohne verantwortliche Regierung, die auf Verlangen des Volkes jederzeit zurücktreten muß, sei unannehmbar. Das sei eine alte demokratische Forderung, die schon seit langen Jahren in England, Frankreich und in der Schweiz durchgeführt sei. Auch die Verfassung, die 1849 in Frankfurt ausgearbeitet wurde, enthielt die Verantwortlichkeit der Minister. In der Verfassung des Deutschen Reiches vom Jahre 1871 wurde diese Verantwortlichkeit gestrichen. Nach jahrelangen Kämpfen wurde dann am 28. Oktober 1918 die deutsche Verfassung wieder geändert. Es wurde festgelegt, daß die Minister von der Parlamentarität gestellt werden und daß der Reichskanzler zur Führung der Geschäfte das Vertrauen der Mehrheit des Reichstags haben muß. Die Deutsche Nationalversammlung entschied sich ebenfalls für eine verantwortliche Regierung. Was jetzt von der Linke gefordert wird, war bei der Abstimmung Danzigs bestehendes Recht. In allen deutschen Bundesstaaten ist jetzt die Verantwortlichkeit der Regierung verfassungsmäßig festgelegt. Eine Verfassung, die die Verantwortlichkeit der Regierung nicht vorsieht, ist für die kommunistische Fraktion unannehmbar. Weiter fordere die kommunistische Fraktion, daß auch die Auflösung des Volkstages in der Verfassung vorgesehen wird. In der zweiten Lesung würden dementsprechende Anträge gestellt werden. Ohne Verhandlungen mit der Linke würde die Verfassungsänderung nicht zustande kommen. Es bestehe dann die Gefahr, daß der Völkerbund auch andere Verfassungsänderungen verlangen werde, z. B. eine Beschränkung der Senatoren und der Abgeordneten, was kein Fehler sei. Wenn der Völkerbund einreife, sei nicht die Linke dafür verantwortlich, sondern die Schuld trage der Regierungsbund.

Abg. Man (K.) erklärte, daß seine Fraktion von Anfang an einen siebenköpfigen verantwortlichen Senat gefordert habe, während die Sozialdemokratie einen Stadtstaat gefordert habe. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Das Bürgerium habe jedoch die verantwortliche Regierung abgelehnt. Das sei bedauerlich, denn es war eine Verschlechterung schon bestehenden Rechts. Die U. S. P. habe deshalb durch verschiedene Eingaben an den Völkerbund versucht, den Willen der Arbeiterschaft durchzudrücken. Auf diese Eingaben hin habe der Völkerbund die Änderung der Verfassung verlangt. Die U. S. P. wollen keine bestimmte Amtszeit der Senatoren. Sie sollen solange bleiben, wie sie das Vertrauen des Volkstages haben. Seine Fraktion werde der Verfassungsänderung zustimmen, wenn die Verantwortlichkeit der Regierung darin aufgenommen wird. Andere Forderungen werde sie nicht erheben. Es sei unverständlich, daß die bürgerlichen Parteien kein Entgegenkommen zeigen. Es bestehe die Gefahr neuer Eingriffe in das Hoheitsrecht des Freistaates durch den Völkerbund.

Abg. Brieskorn (wild) nimmt Stellung gegen die bürgerliche Presse. Der jetzige Senat sei zu groß. Redner betonte,

daß gerade die bürgerlichen Parteien bedingungslos auf das Ansehen des Völkerbundes eingegangen seien, während er für die Selbständigkeit des Freistaates eingetreten sei und deshalb einen Volksentscheid verlange.

Abg. Brieskorn (wild) gab einen Rückblick auf die wenig befriedigenden Leistungen des Senats. Er habe bisher gegen 40 Prozent der Bevölkerung regiert. Er erinnere an die Beireißeverordnung des Senats und an den Akt der Willkür am 4. August. Vor dem Schwurgericht sei das Recht gebeugt worden. In der Steuerpolitik sei das Bestreben, die Lasten auf die Schultern der Ärmern abzuwälzen. Redner wünschte vom Senat Aufklärung darüber, ob das Gerücht wahr ist, daß auf den Friedhöfen Jopowitz bereits 80 Opfer des Spielclubs begraben liegen. Der Senat habe nichts getan, um die Klassengegenstände zu überbrücken. Redner trat für die unbedingte Verantwortlichkeit des Senats ein.

Damit war die erste Lesung der Verfassungsänderung beendet. Die nächste Sitzung findet heute nachmittags um 3 Uhr statt.

## Danziger Nachrichten.

### Achtstundentag und Arbeitsertrag.

Der Kampf gegen den Achtstundentag hat in der Unternehmerschaft auf der ganzen Linie mit aller Kraft eingesetzt. In der gestrigen Ausgabe der „Danz. Neuzeit. Nachr.“ wird wieder einmal in der plumpsten Weise gegen den Achtstundentag Stimmung zu machen versucht. So soll ein Handelskammer-Syndikus ausgerechnet haben, daß die Begrenzung der Arbeitszeit einen jährlichen Gesamtverlust von  $\frac{3}{4}$  Milliarden Goldmark am Volkvermögen ergebe. Leider wird in der Notiz nicht angegeben, wie der schlaue Rechner zu diesem Ergebnis gekommen ist. Wahrscheinlich hat er sich die Rechnung sehr leicht gemacht und für die verlängerte Arbeitszeit einfach einen entsprechend höheren Arbeitsertrag eingesetzt. Diese Rechnung hat natürlich ein großes Loch. Einmal wird dabei die Ersparnis, die in gesundheitlicher Beziehung am Volkvermögen durch Verhinderung des Raubbaues an der Arbeitskraft erzielt wird, überhaupt nicht berücksichtigt und außerdem vollkommen außer acht gelassen, daß die zum Wohle der Arbeiterschaft eingeführte Arbeitszeitverkürzung überhaupt gar keine Minderung des Arbeitsertrages mit sich gebracht hat. Für die tausendfach bewiesene Erfahrung der Bewahrung des Achtstundentages finden sich neuerdings zahlreiche Beweise gehäuft in der einleitenden Denkschrift des Internationalen Arbeitsamts zur Erhebung über die Produktion. Aus der größeren Fülle der Beweise seien nur einige Proben entnommen:

Die Regierung der Vereinigten Staaten gab in ein und demselben Jahre zwei Panzerschiffe in Bau. Eines wurde von einer Privatfirma mit zehnstündigem Arbeitstag gebaut, eines auf der Regierungswerft in Brooklyn, wo die tägliche Arbeitszeit acht Stunden betrug. Bei einem Vergleich der entsprechenden Arbeitsschichten, die unter Benutzung gleicher Rohstoffe und Werkzeuge die gleiche Arbeit verrichteten, wurde festgestellt, daß das Stundenresultat der am „Connecticut“ beschäftigten Arbeiter (Achtstundentag) dasjenige der „Louisiana“-Arbeiter (Zehnstundentag) um 24,8 v. H. überstieg. Der tägliche Arbeitsertrag blieb somit bei beiden ganz der gleiche.

Die Einführung des Achtstundentages, heißt es in der genannten Schrift, ergab eine Vermehrung der Produktion in den Zehnstundenwerken in Jena, in der englischen Fisch-Konservierungsindustrie, in der Stahl- und Zinkplattenindustrie in Südwales, in den Kohlenbergwerken des südlichen Yorkshire, in den Fordischen Autowerken in Detroit, in den Hochöfen von Cleveland usw. usw.

Auch die über fünf Jahre ausgedehnte Erhebung der vom englischen Munitionsministerium eingesetzten Studienkommission bekräftigt die alte Erfahrung, daß nicht die Verkürzung der Arbeitszeit den Arbeitsertrag vermindert, sondern die Ermüdung des Arbeiters. Diese sei zu verhindern durch Verringerung der Arbeitsstunden, Vermeidung der Überzeitarbeit und der Arbeit vor 8 Uhr morgens und nach 6 Uhr abends, Einhalten der Sonntagsruhe, Beschaffung angenehmer und gesunder Lebensbedingungen für die Arbeiter außerhalb der Fabrik und schließlich durch Achtgeben darauf, daß die Ernährung des Arbeiters genügend und gesund sei und daß er seine Tätigkeit nicht ohne ausreichendes Frühstück beginne.

Die auf dem ganzen Erdball von den verschiedensten Fachleuten und Studienkommissionen in vielen Industrien gesammelte Erfahrung weist manchem andern bestimmt die organisierte Arbeiterschaft, mit aller Kraft für die Erhaltung des Achtstundentages einzutreten, veranlaßt sie, sich entschieden gegen jede Verlängerung der Arbeitszeit zu wenden. Der Vorstoß der bürgerlichen Presse erblickt nur auf ihre „Arbeiterfreundlichkeit“, die sich die Arbeiterschaft besonders jetzt zum Quartalswechsel merken sollte. Es wäre an der Zeit, daß sich auch der letzte Arbeiter nicht länger dazu hergibt, privatkapitalistische Ausbeutungsgelüste zu fördern, indem er die bürgerliche Presse in ihrem Kampfe gegen den Achtstundentag durch sein Abonnement unterstützt.

**Vermehrung des Kleingeldes.** Durch gesteigerte Ausprägungen der Münzstätten ist es gelungen, den Kleingeldmangel nahezu zu beheben; denn es entfallen nach dem jetzigen Stande der Münzprägung auf den Kopf der Bevölkerung 10 Stück 50-Pf., 20 Stück 10-Pf. und 20 Stück 5-Pf.-Stücke. Wenn sich gleichwohl hier und da noch ein Mangel an kleinen Münzen bemerkbar macht, so ist das auf den bedauerlichen Mangel einiger Teile der Bevölkerung zurückzuführen, Kleingeld zu sammeln. Die Zwecklosigkeit dieses Sammelns von Kleingeld steht aber außer allem Zweifel; denn jeder sollte wissen, daß sowohl das 5-, wie das 10-, wie das 50-Pf.-Stück viel weniger Materialwert besitzt, als dem Nennwert entspricht. Um so mehr muß es wundernehmen, daß unflinrige Gerüchte glauben finden, wonach 50-Pf.-Stücke mit gewissen Münzzeichen außer dem unedlen Aluminium Platin enthalten sollen. Wer Münzen auf Grund solcher Gerüchte zu einem höheren Preise als dem Nennwert erwirbt, schädigt sich selbst und trägt obendrein dazu bei, den Erfolg der Bemühungen zu vereiteln, die auf möglichste Beseitigung des Kleingeldmangels gerichtet sind.

Einem geselligen Unterhaltungsabend veranstaltet der 4. Bezirk des Sozialdemokratischen Vereins (Schönlitz) am kommenden Sonnabend, abends 7 Uhr, im Saale von Steppuhn, Karthäuserstraße. Das Programm besteht aus Gesangsvorträgen, ersten und helleren Vorträgen, Meinungen usw. mit anschließendem gemüthlichem Beisammensein mit Tanz. Der Eintritt ist frei. Alle Parteimitglieder, auch aus anderen Bezirken, werden freundlichst eingeladen. Eingeladene Gäste sind willkommen. Die Genossen und Genossinnen werden aufgefordert, für zahlreichen Besuch Sorge zu tragen.

**Die Folgen einer Unterlassung.** Am 5. Dezember nachmittags fiel in der Goldschmiedegasse ein Arbeiter auf den glatten Bürgersteig und brach sich den Oberschenkel. Die Hausbesitzerin Frau Habermann wurde nun wegen fahrlässiger Körperverletzung angeklagt, da sie nicht dafür gesorgt hatte, daß auf dem Bürgersteig Sand gestreut war. Sie bedauerte sehr den Unfall und beteuerte sich darauf, daß sie Anordnung gegeben habe, den Bürgersteig in Ordnung zu halten. Das Gericht machte sie aber für die Unterlassung verantwortlich und verurteilte sie zu 300 Mk. Geldstrafe.

**Aus dem Joppoter Babelleben.** Ein Stettenmädchen in Danzig fuhr am 9. Juli nach Joppot, um den Herren das Babelleben zu verüben. Am meisten sagte ihr das nächtliche Babelleben zu. Erst morgens 6 Uhr machte sie Schluss. Sie hatte einen Herrn gefunden, für den gleichfalls gerade das nächtliche Babel besonders reiz hatte. Er machte eine Babelbeise von 800 Mark und fuhr dann mit seiner Freundin im Autobus nach Hause. In Oliva stieg er aus, und am nächsten Morgen bemerkte er, daß ihm aus der Brieftasche 2500 Mk. fehlten. Sofort stieg in ihm ein Verdacht auf. Als Oliva hatte er selig in den Armen seiner Freundin geschlafen; sie mühte die Täterin gewesen sein. Deren Adresse hatte er sich in sein Notizbuch aufgeschrieben. Doch als er nachsah, fand er, daß gerade dieses Blatt ausgehauen war. Argend jemand hatte also Vorsehung gespielt. Trotzdem gelang es ihm, seine Freundin in Danzig ausfindig zu machen, um sie anzuzeigen. Sie stand vor dem Schöffengericht und leugnete die Tat. Zwingende Beweise lagen nicht vor. Große Betrunktheit des Herrn und alle Möglichkeiten für den Verlust führten zur Freisprechung der Angeklagten.

**Zuverlässige Verkäufer.** Ein Schneidermeister gab dem Arbeiter Hugo Kluth und dem Arbeiter Franz Ribakowski in Danzig ausgebesserte Anzüge und Stoffe im Wert von 8200 Mk. mit dem Auftrage, sie auf dem Lande zu verkaufen. Die beiden gingen auch los und verkauften in einem Dorfe einen Anzug für 500 Mk. Dann wollten sie bei einem andern Dorf aus Versehen über die Grenze gegangen sein. Hinter ihnen seien 15 Schüsse abgegeben worden, und sie hätten nun die Sachen fortgeworfen und seien davongelaufen. Am nächsten Tage waren sie jedenfalls wieder in Danzig. Sie lieferten aber weder die 500 Mk. noch die Sachen ab, sondern meldeten sich gar nicht bei dem Schneidermeister, der die 500 Mk. heute noch nicht hat. Der Schneidermeister machte Anzeige. Ribakowski entflohen nach Polen, und Kluth stand vor dem Schöffengericht. Er ist vorbestraft. Das Gericht verurteilte ihn wegen Unterschlagung der 500 Mk. zu 3 Monaten Gefängnis. Daß ihnen die Sachen an der Grenze abhanden gekommen sind, konnte nicht widerlegt werden.

**Der Bestand an Kleingeldern** vermindert sich von Jahr zu Jahr bedenklich. Um diesem Zustand nach Möglichkeit zu steuern, weisen die Landratsämter darauf hin, daß Kleingeld im Gebiet der freien Stadt Danzig im Jahre 1922 nur bis zum 10. April einschließlichs gesammelt werden dürfen. Zum Sammeln der Eier berechtigt ist nur der Jagdberechtigte oder Personen, die dessen schriftliche Erlaubnis bei sich führen.

**Er will Arbeiter sein.** Der Fürsorgezögling Max Krüger in Danzig war in Freiheit und besaß eine Arbeitskarte, auf der er als Fürsorgezögling bezeichnet war. Er änderte diese Bezeichnung selber um in Arbeiter. Ferner räumte er der Bodenarbeiter einer Dame in der Dopfengasse Besuch ab, erbrach sie und nahm Kleidungsstücke, Wäsche und Lebensmittel. Das gemeinsame Schöffengericht verurteilte ihn zu 4 Monaten Gefängnis wegen schweren Einbruchsdiebstahls und 3 Mark Geldstrafe wegen Urkundensäufung.

**Schauspiel-Theater „Apollo“.** Eine Reihe sehr schöner Landstücke wird in dem saligen Kriminaldrama „Im Abgrund des Hades“ gezeigt; das Stück beschäftigt sich mit einem Richter, dessen Familienleben durch einen Freund zerstört wird. Eine Val-Argona-Comedie, „Das Vermächtnis der Peonie“ spielt im fernem Westen.

## Aus dem Osten.

**Walgberg. Die Hochwasser-Katastrophe** hat, wie sich erst jetzt übersehen läßt, beträchtlichen Schaden angerichtet. Im Kreise Niederung wurde der Lawellingken-Schaugster Damm zerstört. Es bildete sich ein 1200 Meter langer Ueberlauf. Das Wasser stieg im Augenblick auf 1 1/2 Meter und überflutete die ganze Gegend. Das Vieh mußte in die Wohnhäuser genommen werden, Holz und Stroh wurden aufgestapelt. Bei vielen mußte auch die Decke aufgerissen werden, um das Vieh vor dem Ertrinken zu schützen. Pioniere führten mit Röhren von Haus zu Haus und brachten viele Familien nach Sedenburg in Sicherheit. Der Damm war an sieben Stellen bis auf den Grund durchbrochen. Telegraphenstangen, Bretter, Heu und vor allem das teure Holz wurden von Eis und Fluten mitgerissen. Die ganze Bevölkerung von Lawellingken und Schaugsten erleidet durch das Hochwasser großen Schaden. Viele Kartoffeln sind in den Wiesen geblieben, die weder zur Saat noch für den menschlichen Genuß zu retten sind. Auch sämtliche übrige Winterfaat ist verunfallt. Das Eis liegt auf den Feldern. Mannschaften von Lawellingken und Schaugsten arbeiten mit Hilfe der Pioniere an dem vorläufigen Auffüllen der Deichbrüche. Die endgültige Instandsetzung des Damms kann erst im Sommer erfolgen.

**Schlawa.** Die Mörder des Oberlandjägers Hensel verhaftet. Die Gebrüder Horn, die den Oberlandjäger Hensel auf dem Schlauer Bahnhofs erschossen haben, sind bei Janow ergriffen und in das Amtsgerichtsgefängnis Schlawa eingeliefert worden. Die beiden Mörder haben sich in der Zwischenzeit umhergetrieben und machten bei ihrer Verhaftung einen völlig verwehrten, scheuen Eindruck. Sie wurden nach ihrer Einlieferung in Schlawa sofort vom Richter vernommen.

## Volkswirtschaftliches.

**Zur Lage der Schifffahrt.** Während wir unmittelbar nach dem Kriege durch die Inanspruchnahme großer Getreidefrachten ein sabelhaftes Aufsteigen der Frachtraten zu verzeichnen hatten, sind wir gegenwärtig längst von dieser Höhe herunter, und heute verzeichnen wir Frachtsätze, die unter der Grenzlinie liegen, die wir vor dem Kriege kannten. Nur die deutschen Reeder können noch erfolgreich die Konkurrenz aufnehmen, da ihnen bei Uebernahme ausländischer Frachten der ungünstige Stand der deutschen Valuta zustatten kommt. Die Folge ist, daß die deutschen Schifffahrtsgesellschaften in ihren Geschäftsberichten fast durchweg ein recht gutes Ergebnis zeichnen und wiederum ganz beachtliche Dividenden zur Ausschüttung bringen, die uns beweisen, daß die deutschen Reedereien die Situation günstig ausgenutzt haben und auch durch den Ertrag für die Schäden finanziell stark gestützt wurden. Zum Wiederaufbau der an die Entente abzuliefernden Handelsflotte ist den Reedereien, wie bekannt, ein Betrag von 12 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt. Ein erheblicher Teil der Entschädigung kam den deutschen Werften zugute, um den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte zu ermöglichen. Das Tempo für diesen Aufbau der Handelsflotte ist so beschleunigt, daß im Jahre 1923 die letzten Beträge herausgegeben würden. Hören diese Zuwendungen auf, so steht zu befürchten, daß die Werften von der mifflischen Lage der internationalen Schifffahrt sehr stark in Mitleidenschaft gezogen werden und daß dann die etwas anormale Entwicklung des deutschen Werftbetriebes, die weit über das Maß des Erforderlichen hinausgeht, erst zum Durchbruch kommt. Schon jetzt würde für die Werften die Situation recht ungünstig liegen, wenn nicht durch umfangreiche Reparaturbauten vom Ausland, die in Deutschland am billigsten ausgeführt werden können, die Lücke ausgefüllt wäre, die durch verminderte private Aufträge an Neubauten entsteht.

**Mißerfolg der Prager Messe.** Die Länder versuchen sich wirtschaftlich den Rang abzulaufen indem sie Messen arrangieren. Auch Prag hat jetzt eine Messe eingerichtet. Von der Leipziger Messe fuhrten viele Einkäufer nach Prag, aber sie kauften nichts. Die tschechoslowakische Valuta ist nämlich — hauptsächlich infolge von Ankäufen an der Züricher Börse — in den letzten Tagen rapide gestiegen. Infolgedessen sind den Kaufleuten die tschechoslowakischen Waren zu teuer geworden. Wenn keine planmäßige Wirtschaft einsetzt, ist ein günstiger Stand der Valuta für ein Volk eben unter Umständen viel schlimmer als ein niedriger. Die Prager Messe verläuft völlig erfolglos.

**Gut gegerbt.** Die Preise für Schuhe und Lederwaren machen sprunghafte Sätze nach oben. An den Häutermärkten hält die Preisbewegung ebenfalls an. Nach Berliner Notierungen kostete z. B. ein Pfund Ochsenhäute im August 1921 11,95 Mark, im Dezember 1921 18,50 Mark, im Januar 1922 18,80 Mark und im Februar 27,50 Mark. Diese Preissteigerung bedeutet, daß die ärmere Bevölkerung bald wieder auf den Gebrauch ihrer Naturschuhe oder der wunderbaren Kriegsstiefel verwiesen ist.

## Aus aller Welt.

Ein geheimnisvolles Verbrechen hat sich in den ersten Kreisen der Florenzer Gesellschaft ereignet. Vor Monatsfrist wurde ein in Florenz lebender österreichischer Offizier namens Stalf von einer Anzahl Unbekannter auf der Straße überfallen, schwer mißhandelt und schließlich durch einen Dolchstich in den Unterleib schwer verletzt. Man glaubte in dem Ueberfall einen Racheakt für eine abfällige Aeußerung über Italien zu sehen. Nunmehr aber, da der Offizier nach einer schweren Operation und langer Krankheit wieder

das Spital verlassen hat, nimmt diese Angelegenheit eine merkwürdige Wendung an. Als Urheberin des Mordversuchs wurde nämlich die Gattin des Direktors von dem berühmten Bargello-Museum zu Florenz, die Norwegerin Petra Denicola, geborene Brand, verhaftet; ferner ihre Jose und vier junge Burtsen. Es heißt, daß die Verhaftete Stalfs Geliebte war, sich von ihm, der bei ihr im Hause wohnte, habe befreien wollen und deshalb durch Vermittlung ihrer Jose nach Mordern gesucht habe. Es wurden ihren Schauergeflüchten von Stalfs Italienhaft vorerzählt. Dann begab sich die Dame mit ihrer erwachsenen Tochter und dem Geliebten in ein Restaurant und benachrichtigte die geborgenen Burtsen, die alsdann ihren Plan ausführten. Unter den Märdern befand sich auch ein Turiner Polytechniker.

**Belghensand.** In Bidebe bei Dortmund wurde die Tochter eines Bergmannes, mit dem Kopf in einem Morak stehend, als Leiche aufgefunden. Gewisse Umstände lassen auf ein Verbrechen schließen. Der Bräutigam des Mädchens wurde in Haft genommen.

**Durch Sturz in den Schacht** machte auf der Zeche Holstein (Dortmund) ein Markenskontrolleur seinem Leben ein Ende. Der Beweggrund zur Tat ist unbekannt.

**118.** In Dresden ist die bekannte Frauenärztin Dr. med. Theresie Haussig unter dem Verdacht des Verbrechens gegen das lebende Leben in Untersuchungshaft genommen worden. Die übrigen Beteiligten sind vorläufig auf freiem Fuße belassen. Die Kerstin beizte eine weit über Dresden reichende große Praxis. Auf Veranlassung der Potsdamer Staatsanwaltschaft wurde der Frauenarzt Dr. Otto Kronheim aus Brandenburg a. O. verhaftet. Dieser Arzt, der schon in mehreren Prozessen wegen Verdachtes der Beihilfe unverheiratet geblieben war, wird sich jetzt vor dem Schwurgericht wegen Verbrechens gegen das lebende Leben in vielen Fällen zu verantworten haben.

**Von einem Adler erschossen.** In den Corbilleren von Bos Andes befanden sich zwei Gendarmen auf der Jagd. Der eine Gendarm schoß einen Adler nieder, der auf einem Telegraphenmast saß. Das Tier fiel zu Boden, war aber nur gestreift und setzte sich zur Wehr. Nachdem der Adler von dem Gendarmen mit einem Karabiner einen Schlag bekommen hatte, wurde das Tier wütend und stürzte sich auf den Begner, blieb aber mit einer Krallen in dem Abzugshahn des Karabiners hängen. Die Waffe entlud sich und der Gendarm stürzte tot zu Boden. Der Adler verendete auf dem Transport.

**Zusammenbruch einer dänischen Werft.** Die Abge Ektbvaerst in Abge schloßte für 1921 mit einem Verlust von 11 Millionen Kronen. Das gesamte Aktienkapital ist verloren. Die Werft war erst vor einiger Zeit gegründet worden und man hatte in Dänemark große Erwartungen auf dieselbe gesetzt.

## Veranstaltungen-Anzeiger

- Sozialdemokratischer Verein:**
- 1. Bezirk: Donnerstag, den 28. März, abends 7 1/2 Uhr, Schule Petllge Weisgasse 111: Bezirksversammlung. 1. Schilbervortrag: Der Sozialismus in der Karikatur. 2. Parteiangelegenheiten.
  - 9. Bezirk: Freitag, den 24. März, abends 7 Uhr, im Restaurant „Blankes Tommchen“, Heumarkt 10: Bezirksversammlung. 1. Lichtbildvortrag: Der Sozialismus in der Karikatur. 2. Bezirksangelegenheiten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gäste können eingeführt werden.
  - Bezirk Langfuhr: Donnerstag, den 28. März, abends 7 Uhr: Diskussionsabend beim Genossen Schmidt, Mischauer Weg 52.
- S.P.D., Frauenkommission.**
- Freitag, den 24., abends 8 Uhr im Parteibureau: Gemeinsame Sitzung der Frauenkommission mit den Funktionären des 2. Bezirks.
- Metallarbeiter-Vertrauensleute S. P. D.**
- Freitag, den 24. März, abends 7 Uhr, in der Peitrschule, am Hansaplatz (Zimmer 15), wichtige Sitzung. Parteimitgliedsbuch ist mitzubringen.
- Jungsozialistengruppe.**
- Freitag, den 24. März, abends 7 Uhr im Heim der Arbeiter-Jugend, Danzig, Weidengasse 2, Reiterkaserne, 1 Treppe links, Zimmer 82: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Allgemeine Aussprache. 2. Neuwahl des Vorsitzenden. 3. Berichtedenes. Anschließend Heimabend. Das Erscheinen aller Mitglieder ist erforderlich. Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen.
- Deutscher Metallarbeiter-Verband.**
- Sonnabend, den 25. März, abends 8 Uhr, im kleinen Saal der Maurerherberge, Branchenversammlung der Elektriker.
- Achtung! Vertrauensleute des Metallarbeiterverbandes der Danziger Werft.** Freitag, den 24., gleich nach Feierabend, Herkulesplatz, Zimmer 70, wichtige Versammlung. Wahl von Obliuten, Verbandsangelegenheiten. Alle neu gewählten Vertrauensleute müssen zur Stelle sein. Ohne Verbandsbuch kein Zutritt.
- Achtung! Vertrauensleute der freien Gewerkschaften der Danziger Werft und der Artilleriewerft.** Sonnabend, den 25. März, gleich nach Feierabend, Herkulesplatz 1/2, Zimmer 70, wichtige Vertrauensmännerversammlung. Tagesordnung: Schiedspruch.
- Freie Turnerschaft Langfuhr.**
- Sonnabend, den 25. März 1922, abends 7 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Kleinhammerpark.

**Gosda Schnupftabak**  
garantiert rein gekadelt

1. 100% erhältlich. Fabrik: Julius Gosda, Häkergasse 8.

# Danziger Nachrichten.

## Monarchisten-Rummel.

Als das Glanz, in das und die Hohenzollern mit ihrer Politik der gepanzerten Faust hineinregiert haben, hat noch nicht genügt, um alle Volkstriebe von der unfeligen monarchistischen Höhenanbetung zu befreien. Unter deutscher nationaler Führung wird immer und immer wieder versucht, die Begeisterung für die „glorreiche Kaiserzeit“ wach zu halten. Solange es sich dabei um den künftigen Zeitvertrieb einiger im Stillen dahinvegetierender monarchistischer Altimmerverette handelt, mag man diesen das Vergnügen gönnen, da von militärisch erzeugenen alten Herren nicht erwartet werden kann, daß sie in ihren alten Tagen noch zur Einsicht kommen. Anders ist es schon, wenn eine Partei wie die sogenannte „Deutschnationale“ versucht, das Volk durch nationalistische Stimmungsmacherei für sich einzufangen, zunächst um es in höchster „patriotischer“ Pflichterfüllung besser auszuwahren zu können und um es in nationalistischen Wachtverbänden erneut in menschenverderbende Kriege zu hegen. In einem solchen gemeingefährlichen Treiben kann die Öffentlichkeit nicht ruhig vorbeigehen, selbst wenn es sich in das harmlose Mantelchen einer Geburtsstagsfeier für den kaiserlichen Herrschern Wilhelm I. verhält.

Man ist zwar geneigt, das monarchistische Vetus, das sich gestern am Wilhelm-Denkmal auf dem Neumarkt mit Kronzwecklegungen und schwarz-weiß-roter Fahnenerschwenkel, auftrat, von der heiteren Seite zu nehmen. Angeht die Verhältnisse verschiedener Behörden müssen aber doch einige Worte dazu gesagt werden. Abgesehen davon, daß sich diese Demonstration in der sonst peinlich bewachten Baumstraße abspielte, bleibt vor allen Dingen die Frage offen, wer die Beteiligung geschlossener Schulklassen unter Führung ihrer Lehrer angeordnet hat, und ob die freistaatlichen Schulbehörden den Mißbrauch der Schulkinder zu deutschnationalen Parteidemonstrationen während der Schulzeit billigt, oder was sie zu tun gedenkt. Es zeigt die Dreistigkeit der eaktionären Lehrpersonen, daß sie bereits öffentlich die Kinder vor den deutschnationalen Parteifarren spannen, obwohl die überwiegende Mehrzahl der Eltern diese monarchistische Kundgebung scharflich entschieden ablehnen. Der weitgepredigte Respekt vor der deutschnationalen „Ordnung“ oder der Ehrlichkeit erscheint angesichts der eigenmächtigen Klassenauflösung nach dem Neumarkt in einem ganz besonderen Maße. Ober hatten sich die freistaatlichen Lehrer des stillen Einverständnisses des Schulsenators vorher vergewissert? Uns erscheint notwendig, daß sich dieser schleunigst zu diesem Amtsmißbrauch seiner unterstellten Beamten äußert. Als staatliche Angestellte in Wahrung ihrer Staatsbürgerrechte an der Feiern demonstration am 4. August teil nehmen, wurden sie entlassen. Wird der Senat nun auch gegen diejenigen Lehrer, die ihr Amt offen im Dienste eine Partei mißbrauchen, vorgehen?

Interessant ist auch, daß die Provinz Westpreußen, die gar nicht mehr besteht, Vertreter an der Kundgebung entsandt hatte. Auch in diesem Falle müßte festgestellt werden, wer Vertreter dieser preussischen Regierungskasse — es kann sich hier nur um die Abwicklungsstelle in Danzig handeln — zu dieser monarchistischen Kundgebung entsandt hat. Die Bevölkerung aber wird hinter dieser monarchistischen Parade nichts anderes zu suchen haben, als das Bestreben der Deutschnationalen, das Volk durch solche kinderkleichen erneut ins militärische Fahrwasser zu bringen und über die schwere Schuld der Monarchisten an unserem jetzigen Elend Sand in die Augen zu streuen. Dem Deutschtum aber wird gerade durch solche Dinge in Danzig der aller schlechteste Dienst erwiesen.

## Die Entscheidung über die Werft und die Eisenbahnhauptwerkstatt.

Die polnische Presse brachte in den letzten Tagen Meldungen aus einer Pariser Quelle, wonach die Entscheidung über das Schicksal der Werft und der Eisenbahnhauptwerkstätte in Danzig, über die bekanntlich die Volkshafterkonferenz noch zu verfügen hat, gefallen sei. Wie wir hierzu erfahren, ist dies bisher nicht geschehen, vielmehr sind noch Verhandlungen im Gange, über deren augenblicklichen Stand in den nächsten Tagen dem Senat und dem Hauptausschuß des Volkstages und anschließend auch der Presse Mitteilung gemacht werden soll.

## Zentrümliche Ewigkeitsfragen.

Der dem Volkstag vorgelegte Gesetzentwurf über die Feuerbestattung wird von dem zentrümlichen „Danziger Volksblatt“ in Acht und Bann getan. Das Zentrum könne sich nie und nimmer für die Feuerbestattung aussprechen. Es wird sogar die Anschauung vertreten, daß das Volk in seiner übergrößen Mehrheit in seinem Empfinden verlehrt wird, wenn die Feuerbestattung der Erdbestattung auch nur gleichgestellt werde. Die Feuerbestattung sei ein heidnischer Brauch. Zu Erleichterungen liege gar keine Veranlassung vor. Ebt christliche Duldsamkeit spricht aus folgendem Satz: „Es ist mit der weitesten Auffassung von Freiheit vereinbar, wenn man das, was man nicht billigen kann, sondern verurteilen muß, nicht nur nicht fördert, sondern auch insoweit behindert, als der Andersdenkende immer noch, wenn auch unter gewissen Erschwernissen zu seinem Rechte kommt.“

Viele Bestimmungen des jetzigen Feuerbestattungsgesetzes sind sinnlos und schickhaft, daß man das Gesetz mit Recht als ein Gesetz gegen die Feuerbestattung bezeichnet. Trotz dieser Schwierigkeiten nahm die Zahl der Einäscherungen ständig zu. Ihre Zahl wäre noch größer, wenn die hohen Kosten nicht einschränkend gewirkt hätten. Sicherlich wird die Feuerbestattung größere Ausdehnung nehmen, wenn das alle Feuerbestattungsgesetz abgeändert wird. Wir verstehen den Kampf des Zentrums gegen die Feuerbestattung nicht. Im Namen des Christentums sind doch tausende Menschen lebendig verbrannt worden, für die dann eine Erdbestattung doch auch nicht mehr in Frage kam. Auscheinend bestärken die schwarzen Herrschaften, daß das, was verbrannt ist, nicht mehr im Höllenfeuer schmoren kann.

## An die Metallarbeiter Danzigs!

Vom Deutschen Metallarbeiterverband wird uns geschrieben: Die Metallarbeiter in ganz Ostpreußen stehen seit einigen Wochen im Kampf um die so notwendigen Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die ostpreu-

ischen Unternehmer, als die reichlichsten in ganz Deutschland bekannt, stehen dennoch mit ihren Geschäftsfreunden im Westen in guter Verbindung. Hierdurch haben sie erreicht, daß Kollegen, welche aus dem Streikgebiet nach Westen kommen, vergeblich bei den Industriegewaltigen um Arbeit anknöpfen.

Als würdiges Gegenstück hierzu versuchen die ostpreussischen Unternehmer, Streikbrecher aus der Freien Stadt Danzig anzuwerben. Sie benutzen hierzu auch Dedabriefen.

Kollegen der Metallindustrie! Ihr seid gewarnt! Nehmt keine Arbeit nach Ostpreußen und den diesen zugeleiteten Gebieten an. Die dortigen Kollegen kämpfen einen gerechten und schweren Kampf und haben Anspruch auf eure volle Solidarität!

Seite, Donnerstag, den 28. März, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der Hilsstraße, Heilige Geistgasse 111:  
**Frauen-Mitgliederversammlung.**

Neben musikalischen Vorträgen (Klavier u. Geige) spricht Gen. Dr. Ving über den Sozialismus in der Satiratur (mit Lichtbildern). Zahlreicher Besuch wird erwartet.

## Erlaß des noch zurückzuzahlenden Gehaltsvorschlusses.

Der Hauptausschuß empfielt dem Volkstag die Annahme folgenden Gesetzentwurfes:

§ 1. Allen Beamten und Angestellten der Staats- und Kommunalbehörden, bei welchen die im Dezember erfolgte rechtmäßige Gehaltszahlung durch die Nachzahlung infolge Neuordnung der Beförderungen im Rechnungsjahre 1921 nicht gedeckt worden ist, wird die Nachzahlung des die Nachzahlung übersteigenden Betrages erlassen.

§ 2. Die Deckung der durch die Durchführung dieses Gesetzes entstehenden Kosten erfolgt durch die dem Volkstage vorliegenden Steuererlässe.

§ 3. Dieses Gesetz tritt mit dem 26. März 1922 in Kraft.

Eine ringförmige Sonnenfinsternis ereignet sich am 28. März. Sie wird auch in Danzig sichtbar sein. Der Schatten des Mondes geht von Südamerika über den Atlantischen Ozean, Afrika, Europa ohne die nördlichen Gebiete und über das südwestliche Asien, wo er die Erde verläßt. Für Danzig beginnt die Finsternis 2 Uhr 38 Minuten, die größte Phase ist um 3 Uhr 30 Minuten, das Ende um 4 Uhr 15 Minuten. In Deutschland wird nur ein geringer Teil der Finsternis zu beobachten sein. Der Mond wird nur etwa ein Viertel der Sonnenscheibe bedecken. Eine Abnahme des Lichtes wird kaum zu bemerken sein. Eine ringförmige Sonnenfinsternis entsteht dadurch, daß der scheinbare Durchmesser des Mondes kleiner ist, als der der Sonne, weil der Mond sich in Erdferne befindet. Es wird zur Zeit der größten Verfinsternung von der Sonne noch ein schmaler Ring übrigbleiben.

In dem Mordmord wird noch bekannt, daß die Eheleute schon längere Zeit in Unfrieden lebten. Im April v. J. hatte Schalla schon einmal den Versuch gemacht, seine Frau und seine Kinder zu töten. In letzter Zeit wurde das Verhältnis zwischen den Eheleuten immer bedrohlicher. Frau Schalla erkrankte und mußte mit ihrem 3 Monate alten Kind ins Krankenhaus überführt werden. Schalla, der inzwischen arbeitslos geworden war, geriet mit seinen beiden anderen Kindern in Not. Der Hauswirt übergab ihm 8000 Mark zur Renovierung der Wohnungen. Schalla verbrauchte das Geld für sich. Der Hauswirt wollte sich nun verhaften lassen. Dieser machte jedoch nicht auf und der Hauswirt mußte mit dem Schutzpolizisten wieder umkehren. Die Verhaftung, in Haft genommen zu werden, scheint der Anlaß der grausigen Tat zu sein. Sch. hat zunächst den 7-jährigen Jungen fortgeschickt und das 2-jährige Kind mit einem Strick erhängt. Als der ältere Junge zurückkam, erlitt er denselben Tod. Nach der Tat stellte sich Schalla der Polizei. Der Verhaftete steht im 38. Lebensjahre.

Die zollermäßigste Einfuhr von Waren. Wie bereits mitgeteilt worden ist, sind durch Verordnung des polnischen Finanzministers und des Ministers für Handel und Industrie ab 10. März gewisse Lebensmittel und Bedarfsgegenstände für einen Zeitraum von 6 Wochen zur zollfreien bzw. zollermäßigsten Einfuhr zugelassen. In Frage kommen nur die in dieser Verordnung aufgeführten Waren. Um Streitigkeiten zu vermeiden, weist die Handelskammer darauf hin, daß die Einfuhr dieser Waren ohne irgendwelche Bescheinigung möglich ist. Die Einfuhr dieser Waren zu dem ermäßigten Zollsat innerhalb des festgesetzten Termins ist in unbegrenzter Menge möglich. Die auf Grund dieser Verordnung eingeführten Waren werden nicht auf das einer Firma zugewiesene Kontingent, gemäß § 1 des Zufuhrvertrages vom 21. Dezember 1921, angerechnet. Es sei besonders darauf hingewiesen, daß der Zoll für die in § 2 der Verordnung über die zollvergünstigte Einfuhr aufgeführten Waren auf 10 Proz. ermäßigt worden ist, während für dieselben Waren, für die auf Grund des § 1 des Zufuhrvertrages vom 21. Dezember 1921 ein Zollkontingent vorgesehen ist, eine Ermäßigung nur auf 25 bzw. 35 Proz. bis zum 30. September 1922 genährt ist.

Eine Baukunst-Ausstellung veranstaltet der Deutsche Heimatbund Danzig von Sonntag, den 26. März bis Sonntag, den 9. April in der Peinkammer. Durch Gegenüberstellung von Aufnahmen mustergeräthiger alter Bauten und von Entwurfs- und Ausführungszeichnungen neuer Anlagen soll der Versuch gemacht werden, zu zeigen, wie man auf derselben gesunden Grundlage, die unsere historische, selbst in ihren kleinsten Werken immer große Baukunst getragen, auch unter den heutigen viel schwierigeren Verhältnissen Verständiges gestalten kann. Im gleichen Sinne werden auch Arbeiten aus dem Gebiete des Kunsthandwerks und ähnliches gezeigt. Zur Erläuterung des die Ausstellung beherrschenden Grundgedankens finden gleichzeitig drei Vorträge statt. Am Montag, den 27. März, wird Professor K. Loeppel über „Alte und neue Baukunst“ sprechen, am Donnerstag, den 30. März, Professor E. Peter sen über „Altes und neues Kunsthandwerk“, am Montag, den 3. April, Staatskonservator Oberbaurat Professor Dr.-Ing. Fischer über „Denkmalspflege in Stadt und Land“. Die Vorträge finden sämtlich mit Lichtbildern im Saale der Naturforschenden Gesellschaft an den genannten Tagen um 7 1/2 Uhr abends statt. Die Ausstellung wird am Sonntag, den 26. März, vormittags 11 Uhr eröffnet und ist im übrigen täglich von 10—5 Uhr zugänglich.

Urania-Abend. Der gestrige Uraniaabend brachte die erste Abteilung des Großfilms „Die Großindustrie“

mit einem erklärenden Vortrag. Die Gewinnung von Molekolen wurde recht klar und deutlich vor Augen geführt. Besonders interessant waren die Bilder von der Verflüchtigung des Hochsols, die durch beigefügte schematische Skizzen jedem Anwesenden verständlich wurden. Der zweite Teil des Abends brachte den Film „Der verlorene Schatten“. Der von Paul Wegener inszenierte Film, dessen Stoff die Wirk von dem Manne, der seinen Schatten an den bösen Geist veräußerte, der Erzählung „Peter Schlemihl“ entnommen ist, war szenisch wie darstellerisch ausgezeichnet. Besonders erwähnenswert sind die landschaftlichen Aufnahmen. Wenn auch dieser Film nicht an den „Dr. Gallganz“ heranreicht, so kann der Abend doch als gelungen bezeichnet werden und wäre den heute und morgen stattfindenden Wiederholungen ein regerer Besuch zu wünschen.

Wiedereröffnung der städtischen Badeanstalten. Wie wir erfahren, wird von den städtischen Badeanstalten, die seit Februar wegen Kottmangel geschlossen sind, die am Hakelewerk endlich am Freitag, den 24. d. Mts. wieder in Betrieb genommen worden. Die Wiedereröffnung der übrigen Bäder soll erst eine Woche später, am 31. März d. J. erfolgen.

Delegiertenwahl im Bauarbeiterverband. Bei der am Vener 27 Stimmen und 14 waren ungültig. Gewählt sind Sonntag, den 19. März, im Deutschen Bauarbeiterverband stattgefundenen Wahl der Abgeordneten zum Verbandstage wurden 1925 Stimmen abgegeben. Von diesen erhielten Brill 958, Jastuski 150, Koch 413, Fischer 678, Schönhoff 140 Brill und Fischer.

Das Konsulat der Republik Frankreich befindet sich jetzt im 2. Stock des Hauses Vargenmarkt 17. Fernsprecher Nr. 5861 (Notamt).

Ein Druckfehler hat sich in unsem gestrigen Bericht über die Stadtverordnetenversammlung eingeschlichen. Dem Stadtv. Kunze ist es natürlich nicht eingefallen, zu behaupten, daß Senator Dr. Leske sich wegen der 200-prozentigen Mietpreiserhöhung mit der K. u. L. in Verbindung gesetzt habe. Anzunehmen ist, daß Senator Dr. Leske sich vorher die Zustimmung der Mehrheit gesichert hat.

Was geht da vor? Die Schutzpolizei meldet: Am 18. 3. 22 wurden auf Veranlassung des Kapitäns eines deutschen Dampfers, der im hiesigen Hafen liegt, fünf Matrosen wegen Mienterns durch Beamte der Schutzpolizei festgenommen und dem Hilfsgefängnis Neuschwansee Wasser zugeführt. — Es ist dringende erwünscht, daß die Öffentlichkeit etwas über die Ursache des Mienterns erfährt.

Einen Bezirkswahlkampf veranstalten die Arbeitersportvereine am kommenden Sonntag. Der Ablauf erfolgt mittags 12 Uhr vom Marktplatz Langsuhle nach Goldkrug. Die Teilnehmer müssen pünktlich antreten.

Fahrrad-Diebstahl. Der seit längerer Zeit zu mehreren Bodeneinkrücken von der Staatsanwaltschaft gesuchte Arbeiter Kowalski stahl ein Fahrrad, welches ein Kaufbuche einer hiesigen Firma vor dem Gebäude der Feuerzirkel auf eine kurze Zeit hatte stehen lassen. Als der Kaufbuche aus dem Gebäude heraustrat, flüchtete der Dieb mit dem Fahrrad nach Schilditz. In Schilditz gelang es einem ihn verfolgenden Schutzbeamten, den Täter festzunehmen. Das Fahrrad wurde ihm abgenommen und dem Bestohlenen ausgehändigt. S. wurde dem Gericht zugeführt.

Als vermutlich gestohlen sind von der Kriminalpolizei angehalten zwei blaue Arbeitsjacken. Etwaige Bestohlene können sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 20, melden.

Ein Aus- und Einbrecher festgenommen. Der Kaufmann Bernhard Stempach, ein alter Einbrecher, dem auch der Dittwar Kircheneinbruch zur Last gelegt wird, ist wieder festgenommen. Vor einigen Wochen wurde er ergriffen und in das Gerichtsgefängnis eingeliefert, wo er sich eine Bauchverletzung beibrachte und infolgedessen zum Städtischen Krankenhaus überführt werden mußte. Dennoch entwich er von hier nach ganz kurzer Zeit. Am 21. März d. J. gelang es einem Kriminalbeamten, den Stempach am Elsbathewoll vor einem Möbelgeschäft, wo er auf seine Braut wartete, festzunehmen. Er führte wieder Einbruchswerkzeuge bei sich. Kurz nach seiner Einlieferung in das Polizeigefängnis brachte er sich eine Verletzung an den Pulsadern bei, die einen Notverband erforderte. Er wurde sodann dem Gerichtsgefängnis wieder zugeführt.

Danzig hat Restaurants genug. Der Korbmacher Collwitz wollte in dem Hause Pönggenpohl 13 ein Restaurant mit Speisewirtschaft einrichten. Der Stadtausschuß lehnte die Genehmigung ab, da kein Bedürfnis vorliegt. Der Antragsteller legte Verunsung ein und machte geltend, daß er sich eine Existenz gründen wolle. Der Bezirksausschuß lehnte die Genehmigung gleichfalls ab, da ein Bedürfnis nicht anzuerkennen sei. Die Gründung einer Existenz müsse hierbei außer Betracht bleiben.

Einbruch in ein Ledergeschäft. Der Maurer B. G. wohnt bei einem Lederhändler und benutzte seine Vorkenntnisse, um hier einzubrechen. Nachdem er mittels die Tür zum Lager erbrochen hatte, holte er den Schuhmacher A. D. herbei und forderte ihn auf, sich mit Leder zu versorgen. Jeder nahm dann Stücke Leder nach Hause, die zusammen einen Wert von 5500 Mark darstellten. G. brachte dann von seinem Anteil Leder zu einem anderen Schuhmacher zum Verarbeiten. Das gemeinsame Schöffengericht verurteilte G. wegen Einbruchdiebstahls zu einem Jahr Zuchthaus. D. wurde als verführter Teilnehmer mit 6 Wochen Gefängnis bestraft. Der Schuhmacher, der von G. das Leder zum Verarbeiten annahm, wurde wegen Schleret zu vier Wochen Gefängnis verurteilt, da er sich hätte sagen müssen, daß das Leder nicht rechtmäßig erworben sein konnte.

Polizeibericht vom 28. März 1922. Festgenommen: 13 Personen, darunter 2 wegen Diebstahls, 1 wegen Betruges, 1 wegen Urkundenfälschung und Betruges, 1 wegen Unterschlagung, 7 in Polizeigefängnis, Obdachlos: 1 Person. — Gefunden: 1 Radfahrkarte für Schüler Hans Mueverorn, 1 Rasternmesser, abzuholen aus dem Hauptbureau des Polizeipräsidiums, 1 rotbrauner Sack, abzuholen von Herrn Oberbottenmeister Brigoleit, Kengarten 12/16. — Verloren: 1 Pelzjacke, enthaltend 2 Fectennonnen mit circa 700 Mk., Spiegel, Messer, Dpernglas usw. 1 silberne Damenuhr mit Armband, abzugeben im Hauptbureau des Polizeipräsidiums.

# Gewerkschaftliches.

## Die Wahlen der Vertrauensmänner zur Angestellten-Versicherung.

Der Pressebericht des Zentralverbandes der Angestellten übermittelte uns nachstehende Information für die Leserschaft:

In den meisten Orten Deutschlands haben die Wahlen bereits stattgefunden. Inzeit wartet man nur noch auf das Ergebnis der Wahlen in Posen und auf die Abstimmung in dem bei Deutschland verbleibenden Teil Oberschlesiens. Im Augenblick wird nun von Seiten des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes und des Gewerkschaftsbundes der Angestellten eine wüste Stimmungsmache gegen die freigewerkschaftlichen Organisationen betrieben. Es werden Zahlen verbreitet, die mit dem tatsächlichen Abstimmungsergebnis nichts gemein haben. Man spricht davon, daß der Afa-Bund nur etwa 21 Prozent Stimmen auf sich vereinigen konnte. Wir halten es für notwendig, an dieser Stelle das tatsächliche — bisher feststellbare — Wahlergebnis zu veröffentlichen.

Am 8. März 1922 war das Wahlergebnis aus 720 Wahlorten bekannt. Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen betrug 807 500. Hier von erhielten: der Afa-Bund 180 585, der DGB. 84 720, die Frauenberufsverbände 85 056, der GdA. 88 369, diverse 64 004.

Die Gesamtzahl der Stimmen nach Prozenten ergibt damit für den Afa-Bund 24,3 Prozent aller Stimmen. Die Zahl der gewählten Vertrauensmänner ist entsprechend. Der Afa-Bund erhielt 706 (1534 Ersatzleute), der DGB. 479 (844), die Frauenberufsverbände 40 (108), der GdA. 851 (618), diverse 640 (1257).

Die bürgerliche Presse, die sich wohl zum größten Teil auf Zuschriften der Gewerkschaftsbünde stützt, folgert aus dem Wahlergebnis, daß der Reichstag es nunmehr nicht wird wagen dürfen, den Angestellten ihre besonderen Versicherungs-Einrichtungen zu rauben.

Wir sind anderer Meinung. Die Vereinheitlichung der Sozialversicherung ist nicht nur eine Sache der Angestellten, sondern eine Angelegenheit der gesamten Arbeitnehmererschaft. Es handelt sich nicht dar-

um, ob mehr als 50 Prozent der Angestellten, die sich an den Wahlen beteiligten, den Wunsch ausgesprochen haben, die Versicherungs-Einrichtungen der Arbeiter und Angestellten zusammenzulegen, sondern es handelt sich darum, welcher Meinung die Gesamtheit der Angestellten ist. Die Wahlbeteiligung betrug im Durchschnitt 80 Prozent. Viele der Angestellten, die mit den ungenügenden Versicherungs-Einrichtungen der Angestelltenversicherung unzufrieden sind und dadurch außerordentlich verstimmt waren, haben sich an der Wahl überhaupt nicht beteiligt. Nur wenn man dies berücksichtigt, kann man sich ein annähernd klares Bild von der wahren Stimmung unter den Angestellten machen.

Darüber hinaus handelt es sich darum, ob alle Arbeitnehmer — Arbeiter, Angestellte und Beamte — von der Notwendigkeit der Vereinheitlichung der Sozialversicherung durchdrungen sind. Ganz abgesehen von unserer prinzipiellen Einstellung zur Frage der einheitlichen Sozialversicherung, können wir uns heute den Rufus besonderer Versicherungs-Einrichtungen für einzelne Berufszweige nicht mehr erlauben.

Daß in der Vorkriegszeit vielleicht brauchbar gewesene Versicherungsprinzipien in heutigen Zeiten, in denen die Wertverhältnisse des Geldes von Tag zu Tag und von Woche zu Woche einer Veränderung unterliegen, unhaltbar. Das bisherige Verfahren der Aufbringung der notwendigen Mittel durch die Zinsen des angesammelten Kapitals ist unbrauchbar. An diese Stelle muß das Umlageverfahren treten, das vor allen Dingen eine leichtere Anpassungsfähigkeit an die jeweiligen Verhältnisse in sich trägt.

Krieg und Nachkriegsentwicklung haben es mit sich gebracht, daß die Zahl der heute auf Renten aus Versicherungs-Einrichtungen angewiesenen Personen erheblich größer geworden ist. Besondere Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Versicherungs-Einrichtungen werden demzufolge gestellt. Sie werden diesen Anforderungen nur dann gerecht werden können, wenn sie einheitlich und nicht zersplittert aufzutreten imstande sind.

Zehliglich von diesen großen Gesichtspunkten werden sich die Parteien des Reichstages leiten lassen dürfen und nicht von dem unzeitgemäßen Standesbündel eines Teiles der Angestellten, noch zumal

dieser Standesbündel zum größten Teil nur das Produkt des Agitationsbedürfnisses des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes und seiner Verbündeten ist.

## Kleine Nachrichten.

**Wälfen des Streiks in Neapel.** Aus Neapel wird gemeldet: Nachdem Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern begonnen hatten, ist in Neapel am 21. d. Mts. bereits ein großer Teil der Arbeiter in die Betriebe zurückgekehrt. In anderen Städten ist es zu einer Verständigung gekommen oder es wird doch mit einer baldigen Einigung gerechnet.

**Ein japanischer Dampfer nach Deutschland verkauft.** Der frühere japanische Dampfer „Teisoku Maru“, 4000 Tonnen Tragfähigkeit, ist durch Vermittlung der Schiffsmaklerfirma Jaco, Pierot jr. in Rotterdam nach Deutschland verkauft worden.

# BORG



Wasserstandsnotizen am 23. März 1922.

Zandhof	20. 3. +1,69	21. 3. +1,60	Aurgedach	+3,50	+3,34
Warkau	21. 3. +1,70	22. 3. +1,82	Montauespöke	+3,41	+3,27
Plock	21. 3. +2,16	22. 3. +2,3	Pielak	+3,66	+3,48
Thorn	22. 3. +2,88	23. 3. +2,89	Dirschau	+3,88	+3,74
Jordan	22. 3. +2,86	23. 3. +2,68	Elmige	+3,14	+3,00
Culm	22. 3. +2,87	23. 3. +2,68	Schlewenhorst	+2,90	+2,76
Brandenburg	22. 3. +3,07	23. 3. +2,92	Rogat:		
			Schönan O. P.	+6,70	+6,64
			Salzenberg O. P.	+4,66	+4,66
			Neuhorterbüsch	+2,04	+2,02
			Arnswald	+1,22	+1,17

Verantwortlich für Politik Ernst Soops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, beide in Danzig; für Inserate Bruno Ewert in Oliva. — Druck von J. Gehl & Co., Danzig.

## Ämliche Bekanntmachungen.

### Bekanntmachung.

Die seit dem 1. März d. Js. wegen Kohlen-schwierigkeiten und ungenügender Beheizung auf der Strecke Danzig—Praust—Lappin und zurück ausgefallenen Züge:

- Nr. 909 Danzig ab 8<sup>45</sup> Lappin an 10<sup>24</sup> und
- Nr. 908 Lappin ab 10<sup>14</sup> Danzig an 11<sup>26</sup>

werden wie verfuhrsweise an jedem Sonnabend verkehren lassen und zwar von Sonnabend, den 25. ds. Mts. ab.

Danzig, im März 1922.

Staatsbahn direktion.  
gez. v. Buschkeft.

(6311)

## Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Heute, Donnerstag, den 23. März, abends 7 Uhr: Dauerkarten A 2.

### Mutter Erde

Drama in 5 Akten von Max Halbe.

In Szene gefuht von Oberregisseur Hermann Metz.

Inspektion: Emil Werner.

Personen wie bekannt. Ende 9<sup>45</sup> Uhr.

Freitag, abends 7 Uhr. Dauerkarten B 2.

Des Efels Schatten. Lustspiel.

Sonnabend, abends 7 Uhr. Dauerkarten C 2. Der Barbier von Sevilla. Oper.

Sonntag, nachm. 2<sup>15</sup> Uhr. Ermäßigte Preise. Zum letzten Male: Die große Leidenschaft. Lustspiel.

Sonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Zum 1. Male: „Friedrich der Große.“ Schauspiel in 2 Teilen von Hermann v. Boetticher. 1. Teil: „Der Kronprinz“ (in 14 Bildern).

## Wilhelm-Theater

vereinigt mit dem Stadttheater Zoppot, Dir. Otto Normann

Morgen, Freitag, den 24. März,

abends 7<sup>15</sup> Uhr

Kasseneröffnung 6 Uhr

### „Preciosa“

Romanisches Schauspiel in 4 Aufzügen von P. A. Wolff. Musik von Carl Maria v. Weber.

Sonntag, den 26. März, Neu! „3 Zwillinge“ Neu!

Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freymann, Kohlenmarkt von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr an der Theaterkasse. 16195

### „Libelle“

Täglich: Musik, Gesang, Tanz

## Danziger Heimdienst E. B.

Sonntag, den 26. März 1922, abends 8 Uhr im großen Saale des Friedrich-Wilhelm-Schützenhauses

### Öffentl. Versammlung.

#### Die Kriegsschuldfrage

Referent: Chefredakteur Dr. R. E. Müller.

Nach dem Vortrag: Freie Aussprache.

Männer und Frauen von Danzig! Erscheint in Massen! Es gilt, die Lüge von der Weinschuld Deutschlands am Kriege zu zerstören! Jeder einzelne muß sich mit den geschichtlichen Tatsachen vertraut machen, mit denen wir überall der Wahrheit zum Siege verhelfen können.

Eintritt frei!

6309 Danziger Heimdienst E. B.

## Deutscher Heimatbund

### Ausstellung: „Alte u. neue Baukunst“

Sonntag, d. 26. März bis Sonntag d. 9. April in der Peinkammer. Mitgl. 1 Mk., sonst 3 Mk. Eröffnung: Sonntag 11 Uhr, täglich geöffnet von 10—5 Uhr.

Hierzu finden folgende erläuternde Lichtbilder. Vorträge statt:

1. Prof. Köppl: „Alte und neue Baukunst“ Montag, den 27. 3., abends 7.30 Uhr
2. Prof. Ernst Petersen: „Altes und neues Kunsthandwerk“ Donnerstag, den 30. 3., abends 7.30 Uhr
3. Oberbaurat Prof. Dr. ing. Fißler: „Denkmalspflege in Stadt und Land“ Montag, den 3. 4., abends 7.30 Uhr.

Die Vorträge finden in der Naturforschenden Gesellschaft, Frauengasse statt. Eintritt frei gegen Mitgliedskarte, sonst 2 Mk.

Im Anschluß an den Vortrag von Prof. Petersen am 30. 3. abends 9 Uhr:

### Hauptversammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes.
2. Bericht des Kassensührers.
3. Festsetzung des Jahresbeitrages.
4. Vorstandswahl.

6308

## Achtung!

Fahrräder, neue und gebrauchte, sowie Bereifung, nur erstklassige Marken, Reparaturen jeder Art schnell und billig. Wer jetzt kauft, kauft noch billig in der Fahrradhandlung

### Oskar Prillwitz,

Paradiesgasse. Telephon 6079. (6277)



Gustin ist ein sehr feiner Speisestärke-Puder, der in keiner Küche fehlen darf, um Milch, Früchte, Suppen, Saucen, Gemüse, Fette usw. sämig zu machen oder zu verdicken.

Mit Gustin bereitet man

Puddings, Cremes, Suppen, Saucen, Kuchen, Torten, Milch- u. Frucht-Flammeris, - Ideale Kinderspeisen, - Krankenspeisen aller Art.

Ein Versuch wird jede Hausfrau belriedigen.

Rezepte umsonst in den meisten Geschäften. Wenn nicht zu haben, schreiben man eine Postkarte an

Dr. A. Oetker, Bielefeld.

6310

### Es

ist Ihr eigener Schaden, wenn Sie nicht schnell Ihren Bedarf decken,

### Gibt

es doch bei mir immer noch ohne Zollaufschatz: Herren-, Jünglings-, Knaben- u. Einsegnungs-Anzüge zu staunend billigen Preisen.

### Im

feinsten Kreise können Sie meine Anzüge und Sommer-Ragians (Schlupfer) tragen, da dieselben vollständiger Ersatz für Maß sind.

### Leben

und jandzen können Sie vor Freude über meine feibelhaft billigen Preise.

### Oft

gibt es die Gelegenheit nicht mehr, Herren-Hosen, gestreift, blau und schwarz, so billig und gut zu kaufen.

### Momente

trennen uns nur noch von dem Inkrafttreten der Zollunion. Versäumen Sie also diese Gelegenheit nicht und kommen Sie schnell in

Stein's Konfektions-Haus nur 21 Häkergasse 21 pt.

Elegante Anfertigung nach Maß schnell — sauber — billig. (6299)

## Haare

kauft zu höchstem Preis Robert Kleefeld, Haarhandl., Breitgasse 6. 6217

## Oft nachgemacht



doch nie erreicht, am roten Frosch erkennt man's leicht!

Erdal gut ist die Schuhe, pflegt das Leder

Ablehersteller: Werner & Mertz A.-G. Mainz. (6202)

## Gut erhaltener Kinderwagen Gramophon mit Platten

preisw. zu verk. Besicht. v. 3—8 nachm. Näheres Pogaenpühl 6, 1 Tr. (+

1 hölz. Bettgestell mit Federmatratze sucht zu kaufen Teschner, Langgarte, Hintergasse 3. (+

## Badeanstalt Hanabad

Hansaplatz 14 Tel. 1533

3 Min. vom Hauptbahnhof. Wannen-, Moor-, Fichtnadel-, Kohlensäure- u. alle anderen medizinischen Bäder. Gegen Gicht, Rheumatismus und Grippe russisch-römische Bäder. 6307

**Erfolg** sicher durch Gassner's Hühneraugen-Pasta Waldemar Gassner Altredner, Groban 20

## Schwanen-Drogerie.

6338

## Maschinenschreiben

auch auf poln. Mach. Tages- und Abendkurse Otto Siede, Neugarten 11.1